

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: Innumeration:
Bietzeit: 2,50 Mk. monatlich 1,10 Mk.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsmonatliche Kolon-
gelle oder deren Raum 20 Pf.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 20. September 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Das grosse Ringen im Westen und Osten.

Großes Hauptquartier, 19. September 1914,
12 Uhr 34 Minuten abends. (W. L. B.) Die Lage im
Westen ist im allgemeinen unverändert.

Die Durchführung des Angriffs gegen die Sperrforts-
linie südlich Verdun ist vorbereitet.
Im Elsaß stehen unsere Truppen längs der Grenze
französischen Kräften dicht gegenüber.

Nichtamtlich. Wien, 19. September, 12 Uhr 50 Min.
abends. Amlich wird verlaubar: Die Neugruppierung
unseres Heeres auf dem nördlichen Kriegsschauplatz ist im
Zuge.

Der ostseitige kleine feldmäßige Brückenkopf Siejawa,
unsererseits nur von sehr schwachen Abteilungen heldenmütig
verteidigt, zwang die Russen zur Entfaltung zweier Korps und
schwerer Artillerie.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs.
v. Hoefler, Generalmajor

Westlicher Kriegsschauplatz.
Der deutsche Beobachtungsdienst.

Basel, 18. September. (W. L. B.) Die „Gazette de Lausanne“
enthält ein Telegramm aus Toulon über den Bericht eines fran-
zösischen Offiziers; darin heißt es: Auch unsere Feinde haben aus
dem letzten Kriege ihre Lehren gezogen.

Aus Mülhausen i. E.

Strasbourg, 19. September. (W. L. B.) In einem Mülhauser
Briefe vom 17. d. Mts. der „Strasburger Post“ heißt es: Einen
Wettest für das anbauende gute Verhalten unserer Bevölkerung,
das auch von dem bisherigen Stadtkommandanten wiederholt öffentlich
anerkannt wurde.

Verbot belgischer Fahnen in Brüssel.

Brüssel, 19. September. (W. L. B.) Der Militärgouverneur
von Brüssel fordert durch Maueranschlag die Bevölkerung auf, die
belgischen Fahnen einzuziehen, da diese von den Truppen als Pro-
vokation aufgefaßt werden und bedauerliche Zwischenfälle hervor-
rufen könnten.

Die russische Heeresstärke.

Folgende Berechnung der russischen Heeresstärke entnehmen
wir der neuesten Nummer des „Militärwochenblattes“:
Durch die Kämpfe, die sich letzten in Ostpreußen und bei
Lemberg abgespielt haben, ist einige Klarheit über die Kriegs-
gliederung der russischen Armee gewonnen.

Nach den Meldungen des Generalobersten von Hindenburg
setzte sich die letzten südwestlich Insterburg geschlagene Arce-
mee zusammen aus den Korps Nr. 2, 3, 4 und 20, also den-
jenigen des Militärbezirks Wilna.

In Polen sind deutsche Truppen mit dem 3. kaukasischen Ar-
meekorps in Berührung gekommen. Diese beiden Meldungen
zeigen, daß Rußland nach dem strategisch richtigen Grundsatze ver-
fahren ist, möglichst starke Kräfte zur Entscheidung heranzubringen,
und daß es sich daher nicht scheut, entgegen mancher an-
deren Annahme, seine sibirischen und kaukasischen Armeekorps zu
dem europäischen Kampf heranzuziehen.

Die russischen Korps des Militärbezirks Petersburg, näm-
lich das Garde-, 1. und 18. Korps, sind offenbar gegen Oesterreich
eingesetzt und haben dafür sibirische Truppen den Schutz von Finn-
land und der Hauptstadt Petersburg übernommen.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.
Russische Kriegspläne.

Die Kopenhagener „Politiken“ veröffentlicht ein Tele-
gramm aus Petrograd über die russischen Kriegspläne. Dar-
in wird mitgeteilt, daß auf dem russisch-deutschen Kriegs-
schauplatz die Russen sich vorläufig auf die Defensivbe-
schränken wollen. Die Offensive in Ostpreußen soll erst wieder
aufgenommen werden, wenn das russische Heer in Galizien
weitere Fortschritte gemacht habe.

Diese von offizieller russischer Seite ausgegebene Nachricht
scheint wirklich von der Wahrheit nicht allzufern entfernt zu
sein. Das russische gegen Ostpreußen operierende Heer ist
derartig entscheidend geschlagen, daß es sich auch beim besten
Willen nur defensiv verhalten kann.

Berliner Landwehrlente als Befreier Tilsits.

Die „Tilsiter Zeitung“ schildert ausführlich, wie am 12. Sep-
tember die Russen aus Tilsit, wo sie drei Wochen lang die Herr-
schaft innegehabt hatten, vertrieben wurden. Wir entnehmen der
Schilderung folgende Einzelheiten:
... Noch sind wir nicht an der Werthmannschen Villa ange-
langt, da kommen ein paar kleine Mädchen freudestrahlend, mit

Geschickern, die wie sie in diesem Klang und mit so bekräfteten
Augen noch nie im Leben gesehen, atemlos angelauten: Die
Oesterreicher kommen! Und richtig, zu beiden Seiten der
Straße tauchten Ridesauben auf. Es sind nicht die Oesterreicher,
die wir auch freudig begrüßt hätten, es sind vielmehr preu-
sische Landwehr-Infanteristen, alles Berliner und
Märker. Die Wänter sind noch nicht einmal fertig, sie tragen
die blaue Litwetka der Friedens-Infanterie. Fast
atemlos vor Staunen lassen wir die ersten Preußen an uns vor-
überziehen, um uns zu vergewissern, ob es denn nun auch wirklich
wahr ist, was sich vor unseren Augen abspielt. Dann aber, als
die Scharen der eintreffenden Verfolger immer dichter werden, geht
ein Jubeln, ein Jauchzen an, das mit Worten zu schildern schier
unmöglich ist. Junge Mädchen, alte Frauen, Kinder, gereifte
Männer, alles, alles läuft den Befreier vom russischen Joch ent-
gegen. Jeder möchte die Hand der ersten erfassen, sie drücken und
schütteln und bedenk in all der Freude gar nicht, daß die Truppen
ja auf der Verfolgung begriffen und von einem Jutrimm, die
fliehenden Russen zu erreichen, erfüllt sind, der sich einfach nicht
schildern läßt. Blumen in ungezählten Mengen fliegen unseren
draben Vaterlandsverteidigern zu. Man kommt aus dem Staunen
nicht heraus, woher, gewissermaßen im Handumdrehen, alle diese
riesigen Mengen von Blumen kommen. Aus allen Häusern eilen
Frauen, Männer und Kinder heraus, um den anrückenden Preußen
Wasser, Bier, andere Getränke, Wurst, Brötchen, Schokolade in
einer Menge zu reichen, daß die über diesen beispiellosen begeister-
ten Empfang gerührten Soldaten lachend und mancher vielleicht
mit einer vertohlenen Freundenträne im Auge schließlich dankend
abschlen. Jetzt saust auch die erste Feldartillerie heran. ...
Als dem ersten Infanteristen der eintreffenden Spitze von atemlos
hinguckenden Zivilisten in der Königsberger Straße gemeldet wird,
daß von der Dragonerkaserne aus die Russen geschossen haben und
noch schießen, eilen sie sofort vom Hofen Tor aus und durch die
Reitbahnstraße dorthin. Sie legen das Gewehr an, ein kurzes
Zielen und die reitenden und radfahrenden Russen überburgeln
sich. Unsere Landwehr schießt gut, das muß man ihr lassen. In
der Gerichtsstraße, am Herzog-Albrechtplatz, vor allem aber in der
Bahnhofstraße liegen zahlreiche Pferdeleichen. Auch in der
Hohen Straße werden einige Russen abgeknallt und in den zunächst
gelegenen Hausfluren sofort verbrannt. Jetzt wollen auch drüben
Ueberrassel schon Kanonenschüsse unserer Verfolger auf die aus-
reichenden Russen. Auf dem Rathaus ist der russische Freges, den
wir zähneknirschend vom 26. August bis zu diesem denkwürdigen
12. September haben tagtäglich über unseren Häuptern flattern
sehen müssen, sofort eingezogen worden. An seiner Stelle wehen
die deutschen und preussischen Fahnen wieder vom Rathaus. ...

Drei Wochen Russenherrschaft
in Ostpreußen.

In den ostpreussischen Städten haben sich nach Aberein-
stimmenden Berichten die Russen einigermaßen manierlich benommen.
Die Vorgefekten sind darauf bedacht gewesen, die Ordnung aufrecht-
zuerhalten. Gegen Plünderer sind sie eingeschritten. Soldaten, die
beim Plündern betroffen worden sind, haben auf offener Straße
25 Knutenhiebe erhalten. In einigen Städten wurde verboten,
Alkohol zu verkaufen. Auch die Lebensmittelpreise
wurden von russischen Befehlshabern festgesetzt. So wurde in
Wehlau bestimmt, daß Fleisch nur zu folgenden Preisen verkauft
werden durfte:

Table with 2 columns: Meat type and price per pound.
Rindfleisch . . . pro Pfund 0,60 Mk.
Schweinefleisch . . . . . 0,40
Schweinehäute . . . . . 0,20
Lammfleisch . . . . . 0,35
Kalbfleisch . . . . . 0,80
Alle Sorten Wurst . . . . . 0,40
Speck und Bruchstück . . . . . 0,40
Geräucherter Speck . . . . . 0,50
Bessere gewählte Zelle 0,10 Mk. mehr.

In anderen Städten sind ähnliche Preise gefordert worden.
Arme Leute, die in den Städten zurückgelassen sind, haben für das
Militär gelocht und sonstige Arbeiten gemacht, und so sind damit
auch bezahlt worden.

Die „Tiffler Zeitung“ veröffentlicht folgenden, am 28. August ergangenen Befehl des die Stadt Tiffler besetzt haltenden russischen Kommandos:

1. Bei Zahlungen von Seiten russischer Militärpersonen ist russisches Geld Zahlungsmittel. Der Rubel gilt 2,86 Mark und ist in allen Geschäften zu diesem Kurse in Zahlung zu nehmen; im Weigerungsfalle wird das Geschäft geschlossen.

2. Das Befahren des Memelstromes ist verboten; auf Zu- und Abwärtsfahrten wird geschossen.

3. Etwaige Uebergriffe russischer Soldaten sind sofort dem russischen Militärkommando in der Dragonerkaserne und dem Magistrat zu melden.

An der Spitze des Blattes wird nachstehende Bekanntmachung des Oberbürgermeisters veröffentlicht:

Auf Befehl des die Stadt besetzt haltenden russischen Kommandos wird folgendes bekanntgemacht:

Die Stadt ist von russischen Truppen besetzt und von dem russischen Kommandanten in den Kriegszustand erklärt. Der russische Kommandant hat erklärt, daß er den Oberbefehl übernimmt und ihm die Zivilbehörden unterstellt seien.

Eintritt und Ausgang in die und aus der Stadt findet nur in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends erlaubt; während der gleichen Zeit darf die Luitze-Brücke passiert werden, die Eisenbahn-Brücke überhaupt nicht. Von 9 Uhr abends ab haben sich die Bürger in den Häusern zu halten, widrigenfalls sie verhaftet werden.

Nach wiederholter ausdrücklicher Anordnung dürfen den russischen Unteroffizieren und Soldaten unter keinen Umständen alkoholische Getränke (insbesondere Schnaps oder Bier) verabfolgt werden, widrigenfalls strenge Bestrafung eintritt.

Der Bürgerschaft ist Schutz zugesichert, wenn sie sich ruhig verhält. Häuser, aus denen geschossen wird, werden vernichtet.

Die Landbevölkerung kann in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends ruhig in die Stadt einpassen und sie wieder verlassen.

Tiffler, den 28. August 1914.

Der Oberbürgermeister, Pohl.

Die hier getroffenen Maßnahmen verraten den guten Willen des russischen Kommandanten, für Ordnung zu sorgen. Seine Befehle stehen aber in scharfem Gegensatz zu den unmenschlichen Grausamkeiten, die von anderen russischen Heerführern und Truppen in vielen Ostprovinzen verübt worden sind.

## Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

### Eine österreichische Feststellung.

Wien, 19. September. (W. T. B.) Amlich wird verlautbart: Einzelne ausländische Pressorgane behaupten, in unserem Heere hätten Truppen der einen oder anderen Nationalität im Kriege nicht voll eingesetzt. Eine englische Quelle, die sich auch sonst durch Verbreitung der unsinnigsten Latarennachrichten auszeichnet, wüthete sogar von einer Reiterei böhmischer Regimenter zu berichten. Diesen tendenziösen Entstellungen gegenüber, die auf die mancherorts bestehende Unkenntnis der Verhältnisse der Monarchie berechnet sind, muß mit aller Entschiedenheit erklärt werden, daß, wie in früheren Zeiten, so auch im gegenwärtigen aufgewungenen Kampfe alle Völker unserer ehrwürdigen Monarchie wie unser Soldateneid sagt „Gegen jeden Feind“, wie es immer sei, im Tapferkeit weisend einmütig zusammenstehen. Ob auf den russisch-galizischen Schlachtfeldern, ob auf dem Balkankriegsschauplatz, es kämpften Deutsche, Magyaren, Nord- und Südslaven, Italiener und Rumänen in treuer Anhänglichkeit an den Allerhöchsten Kriegsherrn und im Bewußtsein, weih heilige Güter zu verteidigen, mit gleich bewundernswürdigem Heldentum, der unseren Truppen selbst die Anerkennung unseres gefährlichsten, numerisch weit überlegenen Gegners erzwingen hat. So hat im Norden, um nur ein Beispiel anzuführen, das aus Slowenen, Kroaten und Italienern zusammengesetzte Infanterie-Regiment Nr. 97 bei Lemberg mit hervorragender Bravour und Jähigkeit gekämpft und schwere Verluste standhaft ertragen. Wenn noch des Otcjaner Infanterie-Regiments Nr. 70, das sich ebenso wacker im Süden in den schweren Kämpfen an der unteren Drina hielt, gedacht wird, so geschieht dies nur, um den von serbischer Seite verbreiteten sehr übertriebenen Angaben über die Verluste dieses Truppenkörpers entgegenzutreten. Während die Serben von 8000 Toten dieses Regiments berichten, beträgt der bisherige Gesamtverlust der braven Truppe nach amtlicher Feststellung 1424 an Toten, Verwundeten und Vermissten. Nachrichten, wie die aus russischer Quelle stammende, von 70 000 österreichisch-ungarischen Gefangenen in den Schlachten von Lemberg, bedürfen nach den bisherigen amtlichen Richtigstellungen wohl keines Kommentars mehr.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:  
v. Goefzer, Generalmajor.

## Der Seekrieg.

### Von der englisch-französischen Mittelmeerflotte.

Mailand, 18. September. (W. T. B.) Der „Corriere della Sera“ meldet aus Bari: Mehrere französische und englische Kriegsschiffe liegen vor Durazzo, andere vor Cattaro in Blockadestellung.

### Sturm in der Nordsee.

London, 19. September. „Daily Telegraph“ bringt ein Telegramm aus Harwich. In den Häfen zurückgekehrte Torpedobootzerflörer berichteten von einer kleinen Besetzung des Weilers in der Nordsee, welches der Durchführung des Patrouillendienstes, der jetzt mit unablässiger Wachsamkeit gehandhabt werde, große Schwierigkeiten bereitet habe. Die See sei so schwer gewesen, daß es wiederholt unmöglich gewesen sei, Feuer in der Kambrise zu halten, auch wären verschiedene Verletzungen von Mannschaften gemeldet.

## Der Krieg und die Kolonien.

### Die Engländer in Deutsch-Neu-Guinea.

Berlin, 19. September. (W. T. B.) Nach zuverlässigen Meldungen ist nunmehr, wie zu erwarten war, auch Rabaul, der Sitz des Gouvernements von Deutsch-Neu-Guinea, von den Engländern besetzt worden.

### Die Pest in den Mittelmeerhäfen.

Vasel, 18. September. (W. T. B.) Nach einer Meldung des Journal des Geneve aus Neapel ist in verschiedenen Mittelmeerhäfen Pest festgestellt worden.

## Die Beschäftigung der Kriegsgefangenen.

Rund 300 000 Kriegsgefangene hat das deutsche Heer seinen Gegnern abgenommen und in das Innere Deutschlands verbracht. Aus Kämpfen sind sie Wehrlose, aus unseren Feinden unsere Gäste geworden, die das Völkerrecht, in Uebereinstimmung mit unserer fortgeschrittenen Auffassung von den Pflichten der Humanität, ausdrücklich in ihren Rechten sichert, und denen es, abgesehen von der Beschränkung ihrer Freiheit, keine andere Behandlung und Beschäftigung als die für die Angehörigen der eigenen Armee geltende zugestehet.

Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen erklärt wird: Wenn uns schon die Pflicht zufällt, so viele Hunderttausende zu unterhalten, so mögen sie aber auch für uns tätig sein. Die Forderung ist auch nicht ungerechtfertigt zu nennen, zumal wenn man weiß, daß in den internationalen Verpflichtungen besondere Normen vorgesehen sind, in welcher Weise die Beschäftigung geschehen darf; daß die Gefangenen nicht gegen den Feind verwandt und nicht überanstrengt werden dürfen und nach den Sätzen, die sonst für Militärpersonen gelten, bezahlt werden müssen. Arbeitsleistungen innerhalb dieser Grenzen werden auch vom Standpunkt der Gefangenen nicht zu verdammen sein.

Aber andererseits besteht die große Gefahr, daß durch die Befangenenerbeit den Arbeitslosen, die der Krieg geschaffen hat, eine gefährliche Konkurrenz bereitet wird. Ihre Zahl ist in diesem Kriege — eine Folge der immer wachsenden Industrialisierung — größer denn je: es wird wenige Berufe geben, in denen nicht ein Ueberfluß an Arbeitskräften vorhanden ist, — von Arbeitskräften, die rein wirtschaftlich betrachtet, schlechter gestellt sind als die Kriegsgefangenen, insofern als ihnen selten oder nie die Sicherheit ihrer Existenz in ähnlicher Weise wie den Kriegsgefangenen verbürgt ist.

Es kann im Interesse dieser Hunderttausende nicht geduldet werden, wenn das Interesse gewisser Unternehmerkreise, möglichst willfähige und billige Arbeitskräfte zu erhalten, den Gefangenen Beschäftigung verschafft, während die einheimischen Arbeiter hungern daneben stehen. Es muß daher aus nachdrücklichster Zurückgewiesen werden, wenn in der letzten Zeit mehrfach Blätter — so z. B. die „Tägl. Rundschau“ — die fremden Gefangenen als Vergarbeiter, Bauarbeiter usw. verwandt wissen wollten. Und es war nötig, mit aller Schärfe dagegen zu protestieren, als es hieß, hier und dort wären bereits Kriegsgefangene zu Arbeiten verschiedener Art herangezogen worden.

Es scheint indessen ja, als hätten auch die Behörden Bedenken, den einheimischen Arbeitskräften die Konkurrenz der Kriegsgefangenen an die Seite zu setzen. Die bayerische Regierung hat mitteilen lassen, daß die Beschäftigung von Kriegsgefangenen beim Bahnbau in München nicht durch die Eisenbahnverwaltung veranlaßt worden, sondern vom Eisenbahnbatillon zur Herstellung einer militärischen Gleisanlage herbeigeführt worden sei. Und die preussische Staatsregierung hat Anordnungen getroffen, die der Beschäftigung von Kriegsgefangenen, die an sich stattfinden soll, wenigstens einen engeren Rahmen ziehen und von vornherein auch die Beschäftigung von Arbeitslosen neben den Kriegsgefangenen vorsehen.

Durch eine königliche Verordnung ist ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen herbeigeführt worden. Der Regierungspräsident ohne Bezirksauschuss soll entscheiden können. Auf diese Weise wird es ermöglicht werden, Arbeiten, die von dem im Wege der Enteignung erfolgenden Erwerb von Grundstücken abhängig sind, in kürzester Frist in Angriff zu nehmen und von Arbeitslosen und Kriegsgefangenen durchführen zu lassen. Im Anschluß an diesen Erlaß ist sofort eine Verordnung des preussischen Gesamtministeriums ergangen, durch die der Rahmen für die von Kriegsgefangenen auszuführenden Arbeiten geschaffen wird. Sie bestimmt nämlich, daß das vereinfachte Enteignungsverfahren zunächst bei gewissen, näher bezeichneten Bauausführungen aus dem Bereich der staatlichen Eisenbahn, Wasserbau- und landwirtschaftlichen Verwaltung stattfinden soll. Hierzu gehören insbesondere die durch die Eisenbahnleihgesetze der Jahre 1904—1914 bewilligten, aber noch nicht beendeten oder begonnenen Bahnbauten, die vorgezeichneten Regulierungsarbeiten an der Oder, Elbe und Weser, sowie Moor-Entwässerungen und Meliorationen in der Provinz Hannover.

Es handelt sich also wesentlich um Erdarbeiten, die freigegeben werden, — Arbeiten, die wenig beliebt sind und die, wenn man besonders die Landeskulturarbeiten hinzuzieht, in solcher Ausdehnung vorhanden sind, daß Arbeitslose und Kriegsgefangene in jeder Zahl nebeneinander dabei Beschäftigung finden können. Vorausgesetzt natürlich, daß die nötigen Mittel da sind, um allen die Löhne zu zahlen.

An der Möglichkeit der hier vorgesehenen Arbeit für die Gefangenen ist ja kaum zu zweifeln. Nur gilt es eben, darüber zu wachen, daß die Arbeitslosen nicht neben den Kriegsgefangenen zu kurz kommen, daß ihnen trotz der „billigen“ Konkurrenz angemessene Bezahlung zuteil wird, und daß sie wirklich die hier gebotene Arbeitsgelegenheit ausnützen können, soweit sie keine bessere finden oder durch eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung erhalten werden. Das muß immer wieder in den Vordergrund gestellt werden, daß aus der Arbeit der Kriegsgefangenen unseren einheimischen Arbeitern keine Konkurrenz erwächst, daß sie ihnen nicht die Beschäftigungsgelegenheit beschneidet. Daß nebenbei natürlich auch bei der Beschäftigung der Kriegsgefangenen alle völkerrechtlichen Bestimmungen und alle Gebote der Humanität beachtet werden müssen, ist selbstverständlich.

## Die Stimmung in England.

Von einem deutschen Genossen in London erhalten wir indirekt folgenden Bericht, den wir mit einigen Streichungen wiedergeben:

Das soziale und wirtschaftliche Leben Englands hat unter dem Krieg noch verhältnismäßig wenig gelitten. Weiten Kreisen des Volkes ist es noch gar nicht recht zum Bewußtsein gekommen, daß das Land eine große Rolle in dem Weltkrieg spielt. Die Unabhängige Arbeiter-Partei hält sich in jeder Beziehung prächtig und furchtlos. Die

Arbeiterpartei dagegen unterstützt die Regierung fast kritiklos, geht aber nicht so weit dabei, wie die französischen und belgischen Genossen: sie unterstützt auch die große Rekrutenwerbungs-Kampagne, vor allem als Mittel, um die Einführung der Wehrpflicht überflüssig zu machen. Fast jeder, auch in der Arbeiterbewegung, ist hier vollständig davon überzeugt, daß der Kampf schließlich mit einem Siege Englands enden muß. England habe, solange es die Seeherrschaft behauptet, schier unerschöpfliche Hilfsquellen, und mit der Sezanziehung dieser Hilfsquellen hat es kaum noch einen Anspannung gemacht. Es könne den Krieg unabsehbar lang fortsetzen und immer frische Kräfte aller Nationen und Farben auf den Kampfplatz schicken. Spekulationen auf Revolten in Ägypten oder Indien seien eitle Trümmereien.

Die englische Arbeiterchaft zeigt keine Spur von Jingoismus, verhält sich aber ruhig. Sie hat für den deutschen Militarismus nichts übrig, aber es sind auch alle Versuche mißlungen, für die Russen hier Begeisterung zu wecken. Immerhin meint man, daß die Russen in diesem Krieg eine große Rolle spielen und unentbehrlich seien, doch glaubt man, daß die russische Autokratie immerhin eine geringere Gefahr für Europa darstellt, als die deutsche Militärrherrschaft.

Die Britische sozialdemokratische Partei (S. D. P.) verhält sich im allgemeinen ziemlich reserviert, aber ihre Stellungnahme deutet sich im großen und ganzen mit der der Arbeiterpartei und nicht der der Unabhängigen Arbeiterpartei.

## Kriegszustand ohne Krieg.

Man schreibt uns aus der Schweiz: Obwohl die schweizerische Armee vollständig mobilisiert ist, nicht um Krieg zu führen, sondern nur zur Verhinderung des Unglücks, daß die Schweiz zum Kriegsschauplatz wird, leben wir hier wirtschaftlich vielleicht in höherem Maße im Kriegszustand als in den Großstaaten, deren Armeen auf dem Schlachtfeld stehen. Es fehlen dreimalhunderttausend schweizerische Wehrmänner, es fehlen zehntausend einberufene Deutsche, Franzosen, Oesterreicher und Italiener und trotzdem herrscht bei dem Rest der zurückgebliebenen Arbeiter eine geradezu unheimliche Arbeitslosigkeit. Die schweizerische Exportindustrie liefert einerseits fast nur Luxusprodukte — Uhren, Seide, Stickerien, Wänder, Käse, Kondensmilch, Schokolade, andererseits bemüht sie für den Abtransport ausländische Eisenbahnen und ausländische Schiffe. Die Kaufkraft des Weltmarktes für diese Luxusprodukte ist natürlich durch die Kriegswirren rapid zurückgegangen, fast alle die Schweiz umgebenden Großmächte (auch Italien) haben eine gewaltige Notmaterialnot, da sie mobilisieren und können unsere Güter nicht befördern — achtzig Prozent der internationalen Handelsflotte gehören kriegsführenden Mächten und ist für die schweizerische Exportindustrie nicht zu gebrauchen. Infolgedessen haben alle Exportindustriefabriken geschlossen, Hunderttausende liegen auf dem Pflaster. Während die Landwirtschaft nicht weh, wohnt mit dem Schweizerkäse, befürchtet man in weiteren Kreisen eine Getreidenot. Das egoistische Völgertum hat sich in den Tagen der Kriegspause in seinen privaten Haushaltungen gewaltige Lebensmittelvorräte aufgestapelt und alle Bargelder thesauriert. So besteht auch für die Industrien für den Inlandsbedarf gar keine Kreditmöglichkeit und für die Konsumenten, die zudem noch arbeitslos sind, eine fühlbare Teuerung. Dazu kommen noch die Exmissionen von Familien eingerückter in- und ausländischer Landesverteidiger durch brutale Hausmeister, so daß sich zu den Geißeln der Arbeitslosigkeit und Teuerung noch die Obdachlosigkeit gesellt, da die Wehrmannunterstützung, die die Familie erhält, drei Franken den Tag, wohl zum Leben aber nicht für die Wohnung ausreicht.

Man sehnt sich kampfhaft nach Frieden und möchte allen Beteiligten Demütigungen ersparen, die den Keim neuer Revanchekriege in sich bergen. Weil so jede Begeisterung fehlt, besteht auch im Völgertum leider recht wenig Neigung, der Gesamtheit Opfer zu bringen, so daß den wenigen noch beschäftigten Arbeitern der Lohn gang unverschämt gedrückt wird. So haben wir alle Schattenseiten des Krieges auskosten und haben doch keinen Krieg.

## Der Erfolg der Kriegsanleihe.

Amlich, Berlin, 19. September, abends 10 Uhr. (W. T. B.) Glänzender Erfolg der Kriegsanleihe. Das Ergebnis der Zeichnungen auf die Kriegsanleihe kann zur Stunde noch nicht endgültig festgestellt werden, doch ergeben die bis jetzt eingelaufenen Anzeigen schon ein Zeichnungsergebnis von zweieinhalb Milliarden Mark Reichsanleihe und von über eine Milliarde Mark Schatzanweisungen, zusammen also von über dreieinhalb Milliarden Mark. — Diese Ziffern werden sich noch bedeutend erhöhen. Der Erfolg übersteigt alle Erwartungen und ist ein machtvoller Beweis für die Kapitalkraft, aber auch für die vaterländische Begeisterung des deutschen Volkes.

## Bethmanns Antwort.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt:

Durch die Blätter ist eine Erklärung gegangen, die zur Abschwächung der Ausführungen des Reichskanzlers über Englands „Freiheitspolitik“ im Antrage des Ministers Grey der dänischen Presse zugestellt worden war. Der Greysche Entschuldigungsversuch gibt Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

Der Reichskanzler hatte es für auffällig erklärt, daß Asquith bei der Aufzählung der kleineren Staaten, deren Neutralität von Deutschland gefährdet und von England geschützt würde, Dänemarks nicht gedacht hatte. Sir Edward Grey will diese Auslassung damit entschuldigen, daß es für einen Redner unmöglich wäre, in jeder öffentlichen Rede die ganze Frage in allen Einzelheiten zu erörtern. Das ist zweifellos richtig. Auch der Reichskanzler hat z. B. darauf verzichtet, in seiner kurzen Erklärung des russisch-englischen Abkommens vom Jahre 1907 zu gedenken, daß im Interesse der Freiheit des persischen Volkes den Norden Persiens in eine russische Provinz verwandelt hat, oder des Marokko-Abkommens von 1904, das es Frankreich ermöglicht hat, sich Marokkos zu bemächtigen, und England, umgestraft sein Wort und seine vertraglichen Verpflichtungen in Ägypten zu brechen. Herr Asquith ist indessen außerordentlich wortreich gewesen und viele seiner Sätze hätten leichter entbehrt werden können, als ein paar kurze Worte über die Ächtung der dänischen Neutralität. Sir Edward Grey wird daher mit dieser Entschuldigung kein Glück haben, um so weniger, als er zwar wieder mancherlei Worte macht, aber auch in dieser Entgegnung einer Erklärung über die Ächtung der dänischen Neutralität mit vieler Kunst aus dem Wege geht. Es scheint also doch, daß England sich vorbehaltlich, eines Tages, wenn ihm das nützlich erscheint, die dänische Neutralität zu verlegen. Dabei wird es sich dann wohl wieder, wie bei dem Ueberfall Kopenhagens in den napoleonischen Kriegen, mit vielen Worten auf das Interesse der Freiheit berufen. Ueber Ägypten findet

Sir Edward Grey kein Wort. Auch der Zerfurchung der Kabel, die Deutschland von der Welt abschneiden und gegen die von England geführte Lügenkampagne wehrlos machen soll, gedenkt er nicht. Durch Lügenberichte über deutsche Gräueltaten in Belgien und Unterdrückung der von der belgischen Bevölkerung begangenen Schandtaten soll in der Welt der Glaube erhalten bleiben, daß Englands Sache die Sache der Freiheit ist. Und Rußland? Sir Edward Grey vermeidet es, in diesem Zusammenhang dieser Bundesgenossenschaft Erwähnung zu tun. Hier fehlt offenbar selbst ihm die traditionelle englische Formel für das Interesse der Freiheit!

### Konferenz zwischen den schweizerischen und italienischen Sozialisten.

Mailand, 19. September. Die sozialistische Partei der Schweiz hat die italienischen Sozialisten zu einer Besprechung der Beziehungen der beiden neutralen Länder gegenüber dem Krieg eingeladen. Der „Avanti“ protestiert gegen die Gewohnheit der krieglustigen italienischen Blätter, systematisch russische Pressestimmen zu verbreiten und Italien nahezu legen, aus seiner Neutralität herauszutreten.

### Die englische Thronrede.

London, 19. September. (W. L. B.) Im Oberhaus wurde gestern zur Vertagung des Parlaments eine Thronrede verlesen, in der es heißt:

„Meine Regierung hat jede mögliche Anstrengung gemacht, um den Krieg zu erhalten. Ich wurde zum Kriege gezwungen durch den absichtlichen Bruch von Vertragsverpflichtungen, durch die Pflicht zur Beschirmung des Rechts in Europa und der Lebensinteressen des Reichs. (Die Veröffentlichungen der deutschen Regierung, namentlich des Depeschenwechsels zwischen dem deutschen Kaiser und dem König von England haben den Gegendruck geliefert. Die Red. des W. L. B.) Mein Heer und meine Flotte unterstützen mit Wachsamkeit, Mut und Fähigkeit in Gemeinschaft mit den tapferen und treuen Bundesgenossen die gerechte und ehrliebe Sache. In jedem Teile des Reichs schart man sich spontan und begeistert unter unserer gemeinsamen Flagge. Wir kämpfen für ein würdiges Ziel und werden die Waffen nicht niederlegen, ehe das Ziel vollkommen erreicht ist. Ich vertraue vollkommen auf die lokale und eintrachtige Unterstützung aller meiner Untertanen und bete, daß der allmächtige Gott dazu seinen Segen gebe.“

Die Gesandtschaften über das Homerische und die Entschärfung der Kirche in Wales erhielten vor der Vertagung die königliche Genehmigung.

### Schwedens Neutralität.

Stockholm, 18. September. (W. L. B.) Der Minister des Aeußeren betonte in der heutigen Interpellationsdebatte der zweiten Kammer, daß die Regierung bestrebt sei, die Neutralität Schwedens bis zur äußersten Grenze zu wahren. Sowohl die Presse als das Publikum sollten die Regierung in dieser Neutralitätspolitik, die im Reichstage die volle Zustimmung aller Parteien gefunden habe, unterstützen. Alle Parteiführer betonten daraufhin, nochmals ihr völliges Einverständnis mit der Politik der Regierung.

### Eine bulgarische Absage.

Sofia, 19. September. (W. L. B.) Die Arbeiterzeitung „Rabotnitscheski Vestnik“ bespricht im Zusammenhang mit den Bemühungen des Präsidenten des Balkanrates, Bulgarien, die Politik Englands und sagt, die Unabhängigkeit Bulgariens habe für England nur insoweit Interesse, als sich Bulgarien der Eroberung der Meerengen durch Rußland widersetzen würde. Die sogenannte Hochherzigkeit Englands habe im vorigen Jahre nicht gehindert, daß Bulgarien erniedrigt und beraubt wurde. England würde auch heute Bulgarien opfern, wenn es einen guten Tausch machen könnte. Wenn England heute Bulgarien Freundschaften erweist, sei dies bloß, um Bulgarien später um so teurer verkaufen zu können. Die Rettung Bulgariens von der sogenannten englischen Hochherzigkeit zu erwarten, wäre lächerlich. Diese Hochherzigkeit zeige sich in Indien durch eine beispiellose furchtbare Ausbeutung eines 300-Millionen-Volkes, in Kgypten in der Annektion und Verraubung eines anderen Volkes, England wirke auf der ganzen Welt mit Gewalt, Rechtsverletzung und Raub. Auch sei die ferocite Rolle des demokratischen Englands gegenüber dem russischen Zarismus genügend bekannt, als daß jemand an edle Motive Englands glauben könnte.

### Unruhe in Marokko.

Amsterdam, 19. September. (W. L. B.) „Rotterdamische Courant“ meldet ohne Quellenangabe: In Gibraltar verlautet, daß die Marokkaner sich entlang der ganzen Küste zu rühren beginnen. Nach demselben Bericht verließen Tausende Langer und Umgebung und zogen nach Algerien über aus Furcht vor einem marokkanischen Aufstand.

### Politische Uebersicht.

#### Verwaltungsstreitverfahren und Krieg.

Der preussische Minister des Innern hat nach einer Meldung des Wolffsche Telegraphenbureaus die Verwaltungsbehörden darauf hingewiesen, daß es jetzt von größerem Wert sein müsse, die Einheit der Nation und ihr großzügiges Streben ungehindert zu lassen, als in unbedeutenderen Einzelfragen dem Rechte zum Siege zu verhelfen. Demzufolge sind die Behörden ersucht worden, in allen geeigneten Fällen die beiden Verwaltungsgerichten anhängigen Streitigkeiten dadurch zur Erledigung zu bringen, daß die angefochtenen polizeilichen Verfügungen zurückgenommen oder auf andere Weise die Beteiligten kluglos gestellt werden.

Ebenso hat der Minister des Innern veranlaßt, daß die bei dem Oberverwaltungsgericht anhängigen Ordnungsstrafen und alle sonstigen noch nicht vollstreckten Strafen, die gemäß § 15 des Disziplinargesetzes gegen unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte seines Ressorts wegen einer vor dem 1. August begangenen Verschlingung verhängt sind, niedergeschlagen werden.

Am Schluß der Veröffentlichung heißt es: Alle diese der Größe und dem Ernst der Zeit Rechnung tragenden Maßnahmen lassen natürlich nicht die Deutung zu, daß in den betreffenden Einzelfällen der von den Behörden bisher vertretene Rechtsstandpunkt nunmehr aufgegeben ist.

#### Verschiebung der Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtswahlen.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 folgende Verordnung erlassen:

Die Amtsdauer der Richter der Gewerbegerichte und der Kaufmannsgerichte wird, soweit sie vor dem 31. Dezember 1915 abläuft und die Neuwahlen nicht bereits stattgefunden haben, bis zum 31. Dezember 1915 verlängert.

#### Post und Arbeitslose.

Es scheint, als wolle die Postbehörde jetzt endlich etwas energischer vorgehen, um durch Einstellung neuer Arbeitskräfte der ständig wachsenden Zahl der Beschäftigungslosen entgegenzuwirken. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt mit: Einen beträchtlich steigenden Bedarf an Beamten erwartet die Reichspost- und Telegraphenverwaltung für die nächste Zeit. Es ist deshalb die Einstellung von Hilfskräften in den mittleren Dienst vom Reichspostamt in Aussicht genommen worden. Als geeignete Personen zur Einstellung betrachtet die Verwaltung die zahlreichen Angehörigen, die in vielen Berufskreisen, namentlich auch in den kaufmännischen und gewerblichen Betrieben wegen des Krieges entlassen sind oder noch entlassen werden. Die Höhe des den männlichen Hilfskräften im Beamtendienst zu gewährenden Zuzuges soll nach der Schwierigkeit und der Dauer der Leistung abgestuft werden. Ueber den Höchstbetrag des Zuzuges für nicht etatsmäßige Assistenten soll dabei nicht hinausgegangen werden. Dieser beträgt 3 Mk. Den Grund für diesen außerordentlichen Bedarf an Beamten bildet einmal die jetzt wieder eintreffende Steigerung des Verkehrs, dann die Abgabe weiterer Beamten in den Heeresdienst und die Übernahme des Post- und Telegraphendienstes in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten. Endlich werden jetzt viele Telegraphen- und Postbeamten in den Postämtern verwendet. Insbesondere geschieht dies jetzt bekanntlich bei den Feldpoststellen. Diese Beamten sollen allmählich aus dieser Tätigkeit zurückgezogen und nach Möglichkeit wieder im Telegraphen- und Postdienst beschäftigt werden. Es werden dadurch weitere Stellen für Hilfskräfte frei.

#### Die Behörden in Ostpreußen.

Wie seinerzeit das Wolffsche Telegraphenbureau berichtete, hatten sich verschiedene Landräte in Ostpreußen beim Herannahen der Feinde in gesicherte Gebiete begeben, so der von Ortelsburg nach Dirschau, die von Stallupönen, Insterburg und Angerburg nach Berent usw.

Die „Littauer Allg. Zeitung“, ein bürgerliches Organ, führt nun in ihrer Nummer vom 15. September, in der sie rückblickend die Ereignisse während der Russenerrschaft in Litauen betrachtet, lebhafteste Klage darüber, daß die Landräte nicht trotz des Nahens der Feinde geblieben wären. Den Einwand, der seinerzeit von der „Nordd. Allg. Ztg.“ erhoben wurde, daß den Landräten Gefangenschaft gedroht hätte, will das Blatt nicht gelten lassen. Es meint, die Landräte hätten auch auf diese Gefahr hin bleiben müssen, denn sie hätten der Bevölkerung dadurch viel nützen können. Als Beweis wird die charakteristische Tatsache angeführt, daß der russische Kommandant von Litauen „unseligen Andenkens“, der Tauriger Oberstleutnant Bogdanoff, bei seinem Einzug sofort gefragt habe, wo denn Herr von Schlenker, der Landrat, sei, da er mit ihm von früheren Friedenszeiten her die angenehmsten persönlichen Beziehungen habe. Die Redaktion der Zeitung erhebt besonders gegen den Litauer wie den Ragner Landrat heftige Vorwürfe, die wir hier nicht wiedergeben wollen, und fordert die Behörden heraus, mit ihr ein „Tanzlein zu wagen“, wenn man die Vorwürfe auf den Landräten nicht sitzen lassen wolle.

#### Die Unterkunft der ostpreussischen Flüchtlinge.

Das Wolffsche Telegraphenbureau macht bekannt: „Für die ostpreussischen Flüchtlinge stehen auch heute noch zahlreiche Quartiere auf dem platten Lande in den Provinzen Pommern und Brandenburg durch staatliche Fürsorge bereit. Gelegentlich in der Presse erschienene Berichte über die Lage der gestückelten Ostpreußen sind geeignet, die irdige Auffassung zu verbreiten, als wäre die draußen im Lande geschaffene reichliche Unterkunft nur für diejenigen geeignet, die als Landarbeiter Verwendung finden können, nicht für die Angehörigen des städtischen Mittelstandes. Jegendeine Verpflichtung zu ländlicher Arbeit bei einem bestimmten Arbeitgeber ist mit der Ueberfiedelung in diese kleinstädtischen und ländlichen Quartiere überhaupt nicht verknüpft. Unter den nahezu 30 000 Flüchtlingen, die allein der Regierungsbezirk Frankfurt a. O. aufgenommen hat, entkamen der größte Teil den kleineren Städten der Provinz Ostpreußen, und besonders zahlreich sind darunter Familien von Beamten und Handwerkern.“

#### Organisierte Sozialdemokraten im deutschen Kriegsheer.

Auch im Agitationsbezirk Halle a. S. hat eine statistische Aufnahme des Bezirkssekretariats zur Ermittlung der parteigenösslichen Kriegsteilnehmer stattgefunden und folgendes Ergebnis gehabt: Die Gesamtmitgliedszahl der 8 Wahlkreise betrug vor dem Krieg 26 174, davon waren 21 769 Männer. Bis zum 15. September waren zum Heeresdienst eingezogen 7450, das sind 35 Proz. Da noch immer Landsturmpflichtige zu Tausenden einberufen werden, wird sich die Zahl der Organisierten im Heere noch steigern. Von den Funktionären mußten 17 Kreisvorstandsmitglieder und 106 Bezirks- bzw. Ortsleiter eintreten. Einzelne Orte haben den ganzen Vorstand bis auf den letzten Mann neu wählen müssen.

#### Beamte und Konsumvereine.

Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hatte sich, wie verschiedene Blätter melden, an die Ministerien und Reichsämter in einer Beschwerde gewandt, daß den Reichs- und Staatsbeamten vielfach die Zugehörigkeit zu Konsumvereinen des Zentralverbandes verboten oder sonst unmöglich gemacht werde. Daraufhin hat das Reichspostamt folgende Verfügung getroffen:

„Es wird kein Einspruch erhoben werden, wenn Angehörige der Reichspost- und Telegraphenverwaltung den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beitreten. Die Oberpostdirektionen haben hieron Kenntnis erhalten.“

Auch den Beamten der hessisch-preussischen Staatsbahnen ist, auf eine Eingabe der Konsumgenossenschaft im Festungsbereich Mainz an das Eisenbahnpräsidium hin, der Beitritt zu den Konsumvereinen ausdrücklich erlaubt worden. Der Eisenbahnpräsident Laury hat bekanntgemacht: „Die Mitgliedschaft von Beamten und Arbeitern der Staatsbahnverwaltung bei der Konsumgenossenschaft wird nicht weiter beanstandet.“

#### General Martos will nicht General Martos sein.

Nach der Meldung eines bürgerlichen Blattes konnte der russische General Martos noch nicht vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Derjenige, den man als General Martos gefangen genommen hatte, behauptet, in Wirklichkeit gar nicht General Martos zu sein.

#### Warnung vor unbedachtsamen Redensarten.

Vor dem Kölner Kriegsgericht hatte sich eine Frau zu verantworten, die einer Nachbarin gegenüber erklärt hatte, die Deutschen handelten in Belgien barbarisch; sie schäme sich, eine

Deutsche zu sein, und die Franzosen, Belgier, Engländer und Russen hätten viel mehr Gefühl als die Deutschen. Gemäß § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand wurde sie wegen aufrührerischer Reden unter Anklage gestellt. Das Gericht sah aber vernünftigerweise in diesen Äußerungen nur groben Unfug und überwies die Angeklagte dem ordentlichen Gericht. — Ferner hatte ein Steinbruder geäußert, er wünsche, daß die Deutschen Senge kriegten und die Franzosen siegten. Es folgte dann eine Vermerkung über den deutschen Kaiser. Wegen aufrührerischer Redensarten wurde der Angeklagte vom Kriegsgericht freigesprochen, wegen der Majestätsbeleidigung aber dem ordentlichen Gericht zugewiesen. Den Mann wird wahrscheinlich eine schwere Strafe treffen.

#### Kriegs-Patriotismus und rentables Geschäft.

suchen einzelne Unternehmer noch immer miteinander zu vereinbaren, obwohl die Presse aller Parteien und zum Teil auch die Militärbehörden energisch dem Unfug zu steuern gewillt sind.

Uns wird folgende Beschwerde zugestellt: „Der weltbekannte Pulver- und Zellfabrik Strohmeyer u. Co. in Konstanz an Bodensee hat die Militärverwaltung die Herstellung und rasche Ausführung sogenannter Zellbahnen übertragen. Rasch ist dies ein sehr lukratives Geschäft, denn die Aufträge sind groß. Was tut die Firma Strohmeyer? Sie erklärt in den Tageszeitungen unter der zugkräftigen Ueberschrift: Arbeitsgelegenheit während des Krieges eine lange Aufforderung, daß sich Heimarbeiterinnen melden sollen, denn sie verrichteten ein patriotisches Werk und würden dazu beitragen, die im Felde stehenden Truppen zu unterstützen und durch Fertigung von Ausrüstungsgegenständen direkt mitzuforgern für die Erhaltung des guten Gesundheitszustandes der Truppen.“

Und, so müßte der Satz zu Ende geführt werden, „zur weiteren Anhäufung des Reichtums der Firma“. Denn diese ist „nobel“ genug, den Heimarbeiterinnen, die sich bereitwilligerweise in großer Zahl gemeldet haben, für Teile der Zellbahn, an denen rund 9 Stunden gearbeitet werden muß, 65 Pf. — also einen Stundenlohn von 7 Pf. — zu bieten.

Die Firma versteht sich aber auch sonst noch auf die Begleiterleistungen der Kriegszeit. Sie wendet sich nämlich in ihrem Heimarbeiterinnengesuch auch „an solche Frauen und Mädchen, die in Friedenszeiten keine Lohnarbeit verrichten“. Alles zur höheren Ehre des Kriegs-Patriotismus und — des Unternehmerrückgewinns.“

Es scheint uns dringend erforderlich, daß die Militärbehörde, die der Firma Strohmeyer ihre großen Lieferungsanträge erteilt hat, auf Abstellung dieser Ausbeutung wehrloser Heimarbeiterinnen bedacht ist oder der Firma ihre Aufträge entzieht.

Wie weit die Militärbehörden die Möglichkeit haben, Geschäftsmodifikationen von der oben geschilderten Art entgegenzuwirken, zeigt das Verhalten bayerischer Verwaltungsbehörden: Das bayerische Kriegsministerium hat in zwei Fällen die erteilten Aufträge auf Lieferungen für den Heeresbedarf zurückgezogen, weil die Firmen die Gehälter für Personal und die Löhne für Arbeiter ohne Veranlassung gekürzt hatten.

#### Die „Niederfüllbacher“.

Als kurz vor Ausbruch des Krieges in Koburg die Reichstagsersatzwahl stattfand, beitrug der fortschrittliche Kandidat, der Fabrikant Arnold, die geistigen Kosten seines Wahlfeldzuges vornehmlich damit, daß er den Koburger Wählern vorerzählte, er werde und könne ihnen die „Niederfüllbacher Stiftung“ wiedergewinnen — vorausgesetzt natürlich, daß er gewählt würde. Wie bekannt siegte denn ja auch glücklich Herr Arnold — oder richtiger: die blaue Blume der Niederfüllbacher Stiftung.

Als Leopold II., König der Belgier, gestorben war, wurde die von ihm 1907 mit dem Erb in Koburg begründete Niederfüllbacher Stiftung, ein Kapital von fast 100 Millionen umfassend, nach einigem Prozessieren in einem Vergleich von den Verwaltern der Stiftung dem belgischen Staat überlassen. Ein Vergleich, von dem Herr Arnold behauptete, daß er rechtswidrig sei und wieder beseitigt werden könne, solle und müsse, — während die belgischen Behörden natürlich auf ihrem Scheine bestanden und sich weigerten, die 100 Millionen, die ihr ehemaliger König sich beiseite gewirtschaftet hatte, wieder herauszugeben.

Jetzt, will es scheinen, soll das den Deutschen holbe Kriegsglück den Koburgern das Heil ihrer Niederfüllbacher Stiftung zuteil werden lassen. Ein Telegramm aus Koburg weiß zu melden, daß das auswärtige Amt das neuerliche Gutachten eines hervorragenden Staatsrechtslehrers in Sachen der koburgischen Ansprüche eingefordert habe. Auf das Gutachten wird wohl bald auch die Forderung der Millionen folgen.

So würden denn die Koburger in den Wiederbesitz der so heißersehnten Stiftung kommen. Aber Herr Arnold wird nicht gut für sich das Verdienst in Anspruch nehmen können, daß er sie seinem koburgischen Volke erobert habe. Es sei denn, er wolle beanspruchen, als Urheber des tobenen Weltkrieges zu gelten. . . .

#### Maßnahmen zur Versorgung mit Brot.

Die Regierung des lippischen Staates hat versucht, in einer vom Staatsminister Viedenweg geleiteten Versammlung von Vertretern der Handwerks- und Handelskammern, der Landwirte, Bäcker, Müller und der Städte des Landes eine Einigung über die Festsetzung normaler Brotpreise herbeizuführen. Der Staatsminister führte aus, daß es notwendig sei, die Brotversorgung so zu regeln, daß das Brot zu normalen Preisen zu bekommen sei.

Die Bemühungen, die Vertreter der Landwirtschaft zur Festsetzung von Höchstpreisen zu bewegen, scheiterten. Es wurde dann die lippische Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung zu beantragen, die Grundpreise für Brottorn allgemein festzusetzen.

Eine Kommission erhielt den Auftrag, weiter zu fragen und zu versuchen, ob nicht doch schon in der nächsten Zeit für den lippischen Staat die Grundlage für einen normalen Brotpreis geschaffen werden kann.

#### Zeitungsverbot.

Die „Wolffsche Zeitung“ teilt aus Bochum mit: Das hiesige sozialdemokratische „Volkshlatt“ ist wegen einer unstatthafter Veröffentlichung verboten worden. Der verantwortliche Redakteur Bierenkasemper wurde verhaftet und nach Münster gebracht.



Im Lazarett.

Mit dem Lazarett — wenigstens in Kriegszeiten — verbindet wohl mancher Laie ohne weiteres nebensächliche Szenen des Grauens. Er denkt an wild schreiende Verletzte, Krampfergriffe Gesichter, Fieberdelirien, Amputationen — alle diese Schreckensbilder gebietet in einen Nebel erlösenden Kardobanites. So sah die Lazarette gar nicht aus, die am Sonnabendvormittag von einer Anzahl Berliner Journalisten unter Führung höherer Sanitäts-offiziere besichtigt wurden. Man vernahm kein Stöhnen, sah keine schmerzverzerrten Mienen, keine Menschenkörper in der Starrheit der Marose, an denen die stählernen Werkzeuge der modernen Chirurgie ihre furchtbare Rettungswert vollzogen. Man sah nur saubere Säle und Baracken, weißüberzogene Betten mit sauber geledeten Patienten, zum Teil hölzernen und sahl, zum Teil auch mit dem entrückten Blick des Fiebers in den leidenden Bügen, aber man sah keine Folter- und Schreckenskammern.

Freilich konnte man derartiges auch nicht erwarten, wenn man bedachte, daß es sich hier ja nicht um ein Feldlazarett handelte, um eine erste Sammel- und Verbandstätte der verwundeten und verstümmelten Opfer des Schlachtfeldes, sondern um eine letzte, äußerste Etappe, an die die Verwundeten erst nach Tagen und Wochen, nach Anlegung des Verbandes, nach der Begutachtung gelangen, daß mit dem Transport keinerlei Lebensgefahr verbunden sei. Dinzulim, daß die in den besichtigten Lazaretten, dem Garnisonlazarett 2 in Tempelhof und dem improvisierten Hilfslazarett in der Backbrauerei am Tempelhofer Berg, kaum neuangewonnene Verwundete lagen, sondern Kriegsoptionen, die bereits seit einiger Zeit der musterhaften Pflege und Behandlung dieser Institute teilhaftig geworden waren.

Wie es sich von selbst versteht, nicht nur in Deutschland, sondern wohl in allen Kulturstaaten, existiert nicht der leiseste Unterschied in der Behandlung der eigenen Landeskinde und der verwundeten Feinde. Nur ein Posten stand vor jeder der Baracken, in denen Russen und Franzosen, teils nach Nationen isoliert, teils gemeinsam, untergebracht waren. Sonst unterschieden sich diese Räume und ihre Einrichtung in nichts von denen, die unsere deutschen Schlachtenopfer hebesbergten. Und es braucht nicht erst betont zu werden, daß auch von den reichlichen und appetitlichen Fleischrationen, deren Zubereitung wir in der blühenden Küche beobachteten konnten, kein Gramm pro Portion weniger auf die verwundeten Feinde entfällt. Davon braucht aber weiter kein Ruhmens gemacht zu werden, denn das sollte sich in allen Kulturstaaten von selbst verstehen.

Die Besichtigung der zerlegbaren Doederschen Baracken, von denen ein Musterexemplar in dem Garten des Tempelhofer Garnisonlazarettes aufgestellt war, rief wieder die Erinnerung an den Ambulanzdienst auf dem Schlachtfelde, an die Feldlazarette wach. Während im Inland zur Ergänzung der vorhandenen Unterbringungsstätten massive Holzbaracken errichtet wurden — mit 30 Betten für jede Baracke —, dienen die zerlegbaren Doederschen Baracken, deren Korngestützte Einwandwände samt dem in eine Anzahl Kisten zerlegten Holzfußboden von einem halben Dutzend Menschen in wenigen Stunden aufgerichtet werden können, der Krankenpflege auf und nahe dem Schlachtfelde. Zahlreiche solcher Baracken stehen, wie der bereite Führer der Journalistenexpedition barlagte, dem deutschen Heere zur Verfügung. Ueberhaupt sei die Verwundetenpflege derartig organisiert, daß sie den höchsten Beanspruchungen gerecht zu werden vermöge. Wohl seien, was bei der ungeheuren Ausdehnung und Unübersichtlichkeit der modernen Schlachtfelder nur zu erklärlich sei, hier und da Verwundete, die sich in Dedungen verkrüppelt, erst nach Tagen aufgefunden worden, aber die große Mehrzahl der Verwundeten habe bisher die Grabschere des Sanitätsdienstes im Kreise anerkannt wissen.

Hoffen wir, daß dem so sei und daß es auch so bleiben möge. Hoffen wir, daß die ungeheuren Schwierigkeiten der Verwundetenfürsorge, die gerade auch von Kapazitäten des Sanitätswesens theoretisch hervorgehoben worden sind, durch die umfassenden Vorkehrungen sowohl der militärischen Verwundetenpflege als auch der unter dem Sammeltitel des „Roten Kreuzes“ gehenden freiwilligen Krankenpflege über alles Erwarten überwunden werden möchten!

Hoffen wir auch, daß die Erfahrungen, die uns einer der behandelnden Ärzte über den bisherigen günstigen Verlauf der Wundbehandlung mitteilte, die allgemeinen bleiben werden. Die Heilung glatter Wunden ist danach eine überraschend gute und die Entzündung durch schmutzige Kleiderreste nur eine minimale. Auch Knochenzersetzung verheilen verhältnismäßig gut und der gefährlichste Wundstarrkrampf ist nur in einigen wenigen Fällen aufgetreten. Möchten diese Erfahrungen allenthalben ihre Bestätigung finden. Denn der Krieg und die Grauel des Schlachtfeldes sind so furchtbar, daß der Menschheit der Trost zu gönnen wäre, der modernen Wundbehandlung und Hygiene möchte es beschieden sein, die Schrecken der Wölferzerfleischung wenigstens in etwas durch den versöhnenden Schimmer des Kulturfortschrittes zu verklären!

Ein junger Parteiveteran.

Der Umstand, daß ein Mensch 50 Jahre alt wird, ist an sich nichts Besonderes; 50 Jahre bedeuten im allgemeinen kein hohes Alter. Wenn aber von diesen 50 Jahren rund 30 Jahre auf den Parteidienst entfallen, so lohnt es schon, einen Augenblick bei der Tätigkeit eines solchen Fünfzigjährigen zu verweilen. Parteidienstjahre zählen wie Kriegsjahre doppelt. Das trifft zu auf den Genossen Eugen Ernst, der heute 50 Jahre alt wird. Von Beruf Schriftsetzer führte sein Klasseninstinkt den Genossen Ernst kurz nach seinem Ausbrennen der Partei zu, und bald wandelte sich der Instinkt zum klaren Klassenbewußtsein. Von einer glühenden Leidenschaft für unsere sozialistischen Ideale befeelt, reizte ihn die Aufgabe, in der Zeit der schweren Verfolgungen unserer Partei durch das Sozialistengesetz positive Mitarbeit zunächst im engen Kreise zu leisten und bald finden wir den heute Fünfzigjährigen in der engeren Bewegung Berlins, all die Gefahren der damaligen Zeit freudig auf sich nehmend. Der sechste Kreis war sein Tätigkeitsfeld.

Es war wohl Ende 1888, als wir unsern Freund in einer Delegiertenkorpora im Birkenwäldchen in Westend zum ersten Male trafen, wo er den Kreis 6b als Delegierter vertrat. Ununterbrochen hat Ernst seit dieser Zeit in der Berliner Parteibewegung auf oft gefährlichen Posten gearbeitet und sich nicht Ruh und Raft gegönnt. Seine Parteitätigkeit liegt da wie ein aufgeschlagenes Buch und ist

ein Stück Berliner Parteigeschichte. Wohl über 27 Jahre hindurch hat Ernst Parteiamter auf sich genommen: als Bezirksführer wie als Leiter einer Hauptmannschaft, als Vorsitzender des Wahlvereins des sechsten Kreises, als Vertrauensmann, als Mitglied des Parteivorstandes, der Kontrollkommission, des Landesvorstandes von Preußen und als Vorsitzender der Wahlvereine Groß-Berlins. Die Kreisgenossen sandten Ernst wiederholt nach nationalen (Schon 1890 nach Halle) und internationalen Kongressen.

Welche gewaltigen Mühen sind von ihm in dieser Zeit für die Partei aufgewendet worden. Die Abende, an denen Ernst während der 27-jährigen Arbeit für die Partei Zeit für sich übrig hatte, sind an den Fingern heranzuzählen. Fast jeder Tag gehörte der Partei. Und es muß offen ausgesprochen werden: Gerade diese mühevolle Kleinarbeit in der Organisation und Agitation, der sich Ernst mit Eifer widmete, sie ist es, die große Ansprache an Körper und Geist stellt, sie ist es aber auch, die unsere Erfolge vorbereitet und schließlich verbürgt. Nur ein Mann von fester Ueberzeugungstreue, getragen von der unerschütterlichen Erkenntnis vom Siege des Sozialismus, kann diese Arbeit geben. Wer so von seiner Sache überzeugt ist, den führen weder zeitweilige Mißerfolge, noch machen ihn große Siege übermäßig.

Im Jahre 1891/92 kam es in der Berliner Bewegung zu inneren Differenzen über die Bewertung der parlamentarischen Tätigkeit. Auch Ernst gehörte damals zu denen, die da meinten, unsere Bewegung müsse mehr Massenbewegung, mehr von revolutionärem Feuer durchglüht sein, und es kam zu einer zeitweiligen Abspaltung einer Anzahl Genossen von der Organisation. Ernst gehörte zu dieser Gruppe. Aber Sozialdemokrat blieb Ernst nach wie vor und führte von dieser Ueberzeugung aus die heftigsten Kämpfe gegen die anarchofödelnden Elemente, Kämpfe, deren Formen lebhaft an die Ruffalleaner und Eisenacher erinnerten. Genossen, die Ernst genauer kannten, wußten das. Sie wußten, daß Ernst auch in dieser Epoche seiner sozialistischen Ueberzeugung treugeblieben war. Aber sein Arbeitseifer war zu groß, um in dieser Zeit voll befriedigt zu werden und so finden wir unsern Parteifreund bald wieder in der gewohnten Marschreihe und bei seiner ihm lieb gewordenen Arbeit.

Ununterbrochen für die Ausbreitung unserer Sache kämpfend, blieb auch dem Fünfzigjährigen manche Bitternis nicht erspart. Aber Ernst zeigte nicht nach Lob, so wenig er sich vom Tadel in seiner Parteilarbeit stören ließ. Das muß in einer demokratischen Partei nun einmal in Kauf genommen werden; ist es doch Ziel aller Genossen, vorwärts zu gehen. Und Ernst ließ sich an der Tatsache genügen, daß es vorwärts ging.

Wenn wir heute dem Fünfzigjährigen einige Worte des Dankes und Anerkennung widmen, so wissen wir, daß Ernst sich bewußt ist, nur seine Pflicht und Schuldigkeit wie jeder andere getan zu haben. Wir wissen aber auch, daß in der heutigen schweren Zeit es mehr wie notwendig ist, treu und fest zusammenzuhalten in brüderlicher Solidarität und treuer Anhänglichkeit an unsere Sache. Und in diesem Sinne wünschen wir unserm Parteifreund noch recht viel Kraft für die weiteren und bevorstehenden Kämpfe.

Ungefessliche Verweigerung von Kriegsunterstützung in Oberbarnim.

Im Kreise Oberbarnim scheinen an verschiedenen behördlichen Stellen einschließlich des Landrats über die Gewährung der Kriegsunterstützung Ansichten zu herrschen, die dem Gesetz direkt widersprechen. Nach dem Gesetz muß den Familien der eingezogenen Mannschaften eine Unterstützung gewährt werden, wenn die Bedürftigkeit vorliegt. Bedürftigkeit liegt aber vor, wenn die Familie bisher vom Einkommen des Mannes ihre Ausgaben bestreiten mußte und Einnahmen aus Vermögen oder anderen Quellen nicht vorhanden sind. Eine Arbeiterfrau W. Schmidt in Droichsdorf wurde mit ihrem Antrage auf Unterstützung vom Ortsvorstand abgewiesen, obwohl alle Voraussetzungen für die Unterstützung gegeben waren. Sie wandte sich beschwerdeführend an den Landrat des Kreises. Von diesem erhielt sie folgendes Schreiben:

Journ.-Nr. 9555.  
An Frau Vertha Schmidt in Droichsdorf.  
Ihr Antrag vom 26. August 1914 auf Familienunterstützung wird für zwei Kinder berücksichtigt. Sie können Ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.

In einer anderen Beschwerde in gleicher Sache lautete die Antwort:  
Journ.-Nr. 8949.

Frau Martha Koad geb. Thormann in Amalienhof.  
Ihr Antrag vom 20. August 1914 auf Familienunterstützung wird für Sie berücksichtigt. Ihr Kind können Sie selbst unterhalten.

Die in den Antwortschreiben niedergelegte Ansicht ist vollkommen falsch. Die im Gesetz festgelegten Fälle sind Mindestfälle, die im Falle der Bedürftigkeit gewährt werden müssen; es ist unzulässig, wenn der Landrat nur für zwei Kinder bewilligt, die Frau des Eingezogenen aber ausschließt; auch im zweiten Falle ist die Entscheidung ungesfesslich, indem die Unterstützung für das Kind abgelehnt wird. Im Gesetz steht sogar, daß für das Kind Unterstützung gewährt werden muß, daß jetzt etwa geboren wird.

Aus Wollenberg in Oberbarnim liegen Beschwerden vor, nach denen Frauen, deren Männer im Felde sind, und 5 und 6 Kinder haben, vom Ortsvorstand ganze 5 M. in fünf Wochen bekommen hatten.

Es ist eine dringende Aufgabe der zuständigen Behörden, hier zu eingreifen, daß den Familien die ihnen zustehende Unterstützung gewährt wird und die Familien der im Felde Stehenden vor Hunger und Not geschützt werden. Dann werden auch die Männer draußen im Felde beruhigt sein und um so freudiger ihre Pflicht erfüllen.

Es erscheint dringend nötig, an die Behörden in Oberbarnim die nötigen Anweisungen ergehen zu lassen. Bemerkte sei, daß in Hohenfinow (auch in Oberbarnim), dem Sitze des Reichslanzlers, korrekt verfahren wird.

Aus Groß-Berlin.

„Die Morgenzeitung. 10 Pfennig!“

Vor den steinernen Wänden, an die Sodel der massigen Architektur gelehnt, müde Menschen. Garren vor dem Gitter, das die niedere Durchfahrt sperrt, auf die Ausgabe der Morgenzeitung. Mit barocken Worten treibt der Portier sie fort. Doch wie verscheuchte Vögel finden sie sich wieder zusammen, setzen sich in die tiefen Nischen der vergitterten Fenster. Denn sie sind müde, sind schon seit Stunden Straßen auf und ab gelaufen: das Neueste vom Kriegsschauplatz, die Abendzeitung!

Es schlägt erst ein Uhr. Bis viertel drei Uhr ist noch lange hin.

Einer ist unter ihnen, der wenig zu den anderen paßt. Er mag ein Künstler sein und zählt gewiß zu denen, die von der Not und von dem Glauben an den bequemen und reichlichen Verdienst der Zeitungsausrufer zu diesem Gewerbe getrieben werden. Auch er ist müde, er setzt sich zu einem in die Nische und hört sie miteinander reden:

„s wird auch später wer'n als vierteldrei'n. Sie haben gestern um ein'n schon gedruckt — und heute drucken se noch nich mal.“

„Reinste?“

„Na hörst'n was?“

Kuch er merkt auf. Nichts unterbricht die Ruhe der Nacht. Fern rollt ein Wagen, sonst nichts. In diese Ruhe wird er und werden die andern um die Wette rufen: „Das Neueste!“ Oder: „Die große Schlacht bei . . .!“ — Wie dumm und wie banal erscheint ihm der Gedanke. Da schreit ihn einer auf, der gerade auf seinen Platz zukommt. Er zuckt zusammen. Was will er? Er wird ihm sagen wollen, warum er hier sitze, als gut gekleideter Mensch; er solle ihnen den Verdienst nicht nehmen. Was soll er ihm entgegen? Der aber achtet nicht auf den Neuling, er tritt vor dessen Nachbarn hin.

„Wieviele meinst, nimmt man?“

„Vierzig nehm ich, wenn se 'n juten Kopp bring'n, auch fufzig.“

Hört er denn recht, sagte er vierzig? Das wären 2 Mark Verdienst, und dafür eine Nacht hergeben? Er dachte hundert oder mehr Blätter zu kaufen, so viel er tragen könne. Nur vierzig? Dem Frager aber scheinen auch sie noch zu viele, er wendet ein, es wäre doch gestern eine Extra-Abendausgabe erschienen, am Ende bräuchte die Morgenzeitung nichts anderes.

„Nacht nicht. Kannst vierzig riskieren,“ sagt der Befragte, und zu den anderen: „Des sag ich Euch, des war 'ne Sache, „Jehn französische Korps“, des zog. Dreimal hat Mare hundert abgesetzt. Um halb zwölfen hat er de letzten jeholt. Der hats auch heute nich nötig. . . . Ich stehe um halb elfen am Alexanderplatz und habe noch meine Strücker fufzehn Nacht-ausgabe. Kommt Mare und schreit mir in de Ohren: „Zweite Abendausgabe. . . .“ Verflucht, denk ich. Nu aber lustig. Nicht mehr zu wollen! Mein wie weggepust war des Jeshäft. Nich eens hob ich noch verkauft.“

Der Neuling drückt sich in den Schatten der Nische zurück; denn alle diese Worte dringen wie grinsender Spohn in seine Vorstellung. Und zwischen seinen Erwartungen und dieser Wirklichkeit sieht er den Abgrund des Elends offen.

Während der andern Gespräch allmählich verstimmt, hebt oben hinter den hellen, hohen Fenstern das Rollen der Maschinen an. Eintönig geht es bald über in ein dumpfes, langgezogenes Dröhnen.

Es kommt ein kleiner, untersehter Mensch, und er gesellt sich schweigend zu den andern.

„Na seht mal, Piepel! — Tag, Piepel, was machste?“

„Morgenpromenade.“

„Seit's mit der Putzmeelen nicht mehr is, machst Piepel Morgenpromenade.“

„Nichts so nich, muß't eben so jehn.“

„Piepel, wann fährt der nächste Schnellzug nach Hamburg?“

„Ree, Hamburg nich, wart mal, heute wär . . . na . . . Goppejarten wär heut jefesen; wolla, Goppejarten . . . Schade!“

„Wieviel nimmste, Piepel?“

„Fufzig.“

„Fufzig? Willst woll Frohändler ween?“

„Na heute is doch Weilage.“

„Nichtig, Kinder, is ja Weilage, da sollte man fufzig riskiern.“

„Wenn de gehne als Koppkissen brauchst,“ warnt der Erfahrene, der neben dem Neuling sich in die Nische zurückgelehnt hat.

Die Uhr schlägt Viertel nach zwei. Man drängt zum Gitter. Nach einer Weile wird geöffnet. Alles drängt vorwärts und in das kleine Bureau hinein. Ein jeder muß ja der erste sein. Der erste allein hat das Geschäft in Händen. Man stolpert die wenigen Stufen hinauf zum Vordentisch, das abgezählte Geld bereit. „Hier, Meester, fufzig Stück! — Wir vierzig bitte! — Jehne, Herr Sekretär! — — nann, warum denn heute da anjefangen? De jehst doch aber nich, wir warn doch de ersten hier!“ Auch der Erfahrene wird ungeduldig: „Bitte jeben se mir jechzig. Jch war der erste hier, hier sind drei Mark. Ich bitte sehr, Herr, jeben se jechzig, llatte Rechnung, jechzig Stück, Herr. Na, das ist heute 'ne neue Ordnung, was soll das heissen, de lehten wer'n zuerst bedient. Wolln se mir nich bitte jechzig Stück jeben, Herr?“

Und plötzlich braust er auf.

„Zum Donnerwetter, ich lah mir nich zum Marren haben. Jch brauch mir nich um Jhnen zu reihen. Dann nehm ich eben nicht!“ Und raus ist er und fort.

Als einer der Lehten bekommt der blasse Neuling die jögernd erbetenen vierzig Blätter. Er stürmt hinaus, läuft, was seine Füße tragen, die dunfle Straße hinauf. Gegenüber laufen zwei mit ihren Stöchen im Arm um die Wette. Ihm steigt die Scham in das Gesicht. Denn jeder Schritt, den er mit ihnen eifert, ist ihm ein Stich in das Gewissen. Er läuft den Ärmsten den Verdienst ab. Nun aber, da er die Blätter hat, ist doch ein Ruh! Er ist der Jhren einer. Da heißt es nun auch für ihn der erste sein. Und bang befällt ihn der Gedanke, wieviele mögen schon vorweg gelaufen sein, die eher ihre Blätter hatten? Markgrafenstraße, — nimmt's denn kein Ende? — Charlottenstraße, endlich in die Friedrighstraße eingebogen:

„Die Morgenausgabe. Der Kaiser vor Verdun! Zehn Pfennig, die Morgenzeltung!“ Aber wie leise seine Stimme.

Und leuchtend vorwärts. Ein helles Kaffeehaus. Der Portier winkt ab: „Schon zwei hier gewesen!“ Die Lippen aufeinandergepreßt, stürzt er voran. Weiter, nur weiter! Da leuchtet ein Kaffeehaus. Kein Mensch ist auf der Straße, und dennoch:

„Der Kaiser vor Verdun, die Morgenausgabe! Zehn Pfennig!“

### Muster des Gemeinnsinn.

In der Kammer vom 14. September gaben wir ein kleines Erlebnis einer Besizerin der „Vossischen Zeitung“ wieder, aus dem hervorging, welche vorzüglicher Geist und Adel der Gesinnung oft in den ärmsten Volksschichten anzutreffen ist. Wir erhalten hierüber von einer Frau noch folgende Zuschrift:

„Ich bin durch meine Tätigkeit im nationalen Frauendienst gezwungen, oftmals bei den Bezirksvorstehern vorzusprechen. Als ich am Montag zu einem dieser Herren kam, erzählte er mir, daß bei ihm soeben eine Frau war, welche ihn bat, bei ihr nicht rechnen zu lassen, da sie soeben Arbeit erhalten habe und daher auf Unterstützung verzichte. Als ich an demselben Tage zu einem anderen Bezirksvorsteher kam, traf ich nur dessen Frau an. Dieselbe erzählte mir freudestrahlend, daß in der vergangenen Woche ein Mann dagewesen sei, der wegen angeblichlicher Mollage um eine Unterstützung ersucht habe. Er erhielt 6 M. Am Sonntag früh 7 1/2 Uhr habe es bei ihr geklingelt. Beim Öffnen sei die Frau des Mannes hereingetreten und habe die 6 M. zurückgebracht mit den Worten, daß ihr Mann Arbeit erhalten habe; mit den 6 M. könne wohl andern geholfen werden.“

Aus diesem Beispiel geht hervor, daß so manch arbeitsloser Familienvater die öffentlichen Unterstützungsmittel nur ungern und von der Not getrieben in Anspruch nimmt. Das sollte auch von den betreffenden Personen, die über die Bewilligung solcher Unterstützungen zu entscheiden haben, nicht außer acht gelassen werden. Die oftmals bei ihnen anzutreffende Empörung ist daher eine Verfrühdigung am gesunden Empfinden der Bevölkerung.

### Die Säuglingssterblichkeit Berlins

hat in diesem Jahre ihren sommerlichen Höhepunkt erst mit Monat August erreicht. Bis dahin hatte den ganzen Sommer hindurch das Berliner Statistische Amt fast Woche für Woche über eine verhältnismäßig nur geringe Zahl von Säuglingssterbefällen zu berichten gehabt. Die Wochenberichte meldeten für die vier Wochen vom 7. Juni bis 4. Juli 115, 118, 103, 102, im ganzen 438 Fälle, für die vier Wochen vom 5. Juli bis 1. August 103, 116, 146, 106, im ganzen 471 Fälle. Gemeldet wurden dann auch noch für die Woche vom 2. bis 8. August erst 117 Fälle, aber für 9. bis 15. August 172 Fälle, für 16. bis 22. August 159 Fälle, für 23. bis 29. August 196 Fälle, so daß die vier Wochen vom 2. bis 29. August im ganzen 649 Sterbefälle von Säuglingen ergaben. Der Monat August brachte uns diesmal eine meist übernormale Temperatur mit fast ununterbrochener Trockenheit. Hauptächlich hieraus dürfte die Zunahme der Säuglingssterblichkeit zu erklären sein.

### Orkanverwüstungen.

Der in der Freitagsnacht herrschende Sturm hat großen Schaden verursacht. Im Grunewald, der Wuhlheide, an der Oberspreewälder See und bei Köpenick und bei Köpenick sowie bei Oranienburg und Bernau sind nach den vorliegenden Nachrichten eine Menge alter Bäume dem Sturm zum Opfer gefallen. Auch in Berlin sind in der Westseite, 16. Westendstr. 20, Bernauer Str. 115, am Karlshof, Bahnhof Jannowitzbrücke Dächer abgedeckt und Räume entvurzelt. In den westlichen Vororten hat der Sturm große Verwüstungen in den Gärten angerichtet. Aus Treptow wird uns gemeldet, daß in der Nähe des Ludwigischen Gartens zwei Eichen entvurzelt wurden. Auch in Neukölln, Lichterberg und Parado hat das Unwetter schweren Schaden verursacht. Besonders groß waren die Verheerungen auf dem alten Wilhelmplatz in Potsdam. Nur wenige Minuten setzte der Sturm durch die Kronen der alten Bäume, die der grünen Schwadner im Innern des Potsdamer Geschäftsviertels befanden sich, verließen, da brachen auch schon die Stämme wie dünne Zweige entzwei, alle hochragende Bäume wurden einfach entvurzelt und fielen quer über den Rasen, der bald bühlig getroffen und mit Geäst und Laubwerk bedeckt war. Minutenlang hörte man ein Krachen und Bersten, als ob alles entzwei ginge. An der Straßenbahnhaltestelle fiel ein alter Baum mit lautem Krachen auf das Dach einer Erfrischungshalle, das er zerstückte. Glücklicherweise war niemand in der Halle drinnen. Im Lustgarten wurde ein Ornatier von einem umstürzenden Baum getroffen und so schwer verletzt, daß man für seinen Zustand Besorgnis hegte.

Auch in anderen Teilen des Reichs hat der Sturm vielfache Schäden angerichtet. So wird aus Hamburg berichtet, daß dort riesige Wassermengen niedergingen und die Keller überschwemmten. In dem Nachbarort Moorburg erfolgte ein Deichbruch, und an einigen Stellen wurden die Pflanzungen fast mit Wasser bedeckt. Auch im Hamburger Hafen sind mehrere Röhre voll Wasser gelaufen.

### Bei der Mietereintreibung

gehen immer wieder Hauseigentümer oder Hausverwalter in einer Weise vor, die man scharf beurteilen muß. Wohl das Ärgste ist die Behandlung, die in Lichterberg der Frau eines im Hause Schöneberg 12 wohnenden und seit Anfang August als Referent eingezogenen Arbeiters geboten wurde. Sie schuldet noch die Miete für August und zahlte dann auch die Miete für September nicht, weil sie ihre Entbindung erwartete. Bereits Ende Juni war die Wohnung zum 1. Oktober gekündigt worden, aber im Hinblick auf die Mietzahlung erklärte jetzt die Frau des Verwalters, bei Mietzahlung müsse etwas von den Möbeln einbehalten werden. Schließlich kam Mitte September der Verwalter wohl in die Wohnung, begleitet von einem Herrn, den die Frau des Mieters für den „Oberverwalter“ feierabend hielt. Eine in der Wohnung anwesende Verwandte, die ihnen geöffnet hatte, gab die Auskunft, die Frau habe inzwischen ein Kind zur Welt gebracht und liege im Bett. Das hinderte den vermeintlichen „Oberverwalter“ nicht, aus der zunächst besichtigten Küche auch in die Stube einzutreten, und nun verhandelte er mit der im Bett liegenden Wöchnerin über die Mietzahlung. Ohne Zahlung, lasse er sie nicht gehen, sagte er in sehr bestimmtem Ton, und dem Verwalter gab er Anweisung, nötigenfalls das Möbelnbesitzrecht zu gebrauchen. Auch drohte er, daß er bei Mietzahlung die restierende Miete einlangen werde. Man kann sich denken, wie dieser Besuch auf die erst drei Tage vorher entbundene Wöchnerin wirkte. Möge sie sich durch die Drohungen des Herrn „Oberverwalters“ nicht einschüchtern lassen. Da es sich um die Frau eines Kriegsteilnehmers handelt, so wird er sich um Einbehaltung und Einlagegehalte wohl etwas mähtigen müssen.

### Die Klagen über die Feldpost.

Generalkommandant Schott sendet der „Vossischen Zeitung“ eine Zuschrift, in der er gleichfalls lebhaft Klage über die Feldpost führt. Er sagt:

„Überall dieselben Klagen und Beschwerden! Es wurde bisher immer noch außer der nötigen Geheimhaltung auch die schnelle Vorwärtsbewegung unserer Armeen als Grund der Verzögerung an-

gegeben. Aber selbst da, wo Truppenteile an einem Orte liegen blieben, versagte die Post! Nach der Mobilmachung war mein Schwiegerjohann noch zehn Tage in Koblenz. Er hat bis heute (17. September) noch keinen in dieser Zeit an ihn gerichteten Brief, trotz zahlloser Adressen und Absender-Vermerke, erhalten. Die Armeeführer bitten um warmes Unterzeug. Wer kann seinen Angehörigen etwas schicken, da die Post keine Pakete annimmt?

Ich habe im Feldzug 1870/71, trotz unseres Vormarsches von Weh bis in die Normandie und darüber hinaus, regelmäßig meine Nachrichten von Hause bekommen. Heute sind die Armeen allerdings sehr viel größer, aber die Verbindungen und die Verkehrsmittel sind auch sehr viel besser geworden! Also der Grund der mangelhaften Bestellung liegt nicht in den Schwierigkeiten, sondern in der Unfähigkeit, diese zu überwinden! Wohin würde es geführt haben, wenn die Eisenbahn ebenso versagt hätte! — Aber da „Nappte“ alles!

Lebriegen nicht nur die Feldpost ist der Verbesserung bedürftig. Die Post im Lande ist es auch! Warum sind die Postämter so schlecht mit Beamten besetzt? In den Vororten ist nur ein Schalter geöffnet, und wenn man ein paar Briefmarken kaufen will, dann muß man oft Viertelstunden warten. Warum werden nicht Hilfsbeamte eingestellt? Es gibt genug stellenlose, zuverlässige Kaufleute, die mit Vorteil Verwendung finden könnten, auch ohne große Vorkenntnisse und Anleitung! Postverzeichnisse und Karten verkaufen ist kein Kunststück! — Staatsbehörden, die dem Publikum dienen, sollten in erster Linie sich bemühen, der Not zu steuern, besonders wenn sie es vermögen. Und wenn sie sagen, sie können nicht, dann wollen sie nicht, oder der blinde Bürokratismus trägt die Schuld, den abzustreifen eine der ersten Lehren des Krieges sein sollte!

### Gefängnisstrafe für falsche Angaben.

Der Oberkommandierende der Marken gibt bekannt, daß derjenige, der bei Bewerbung um Unterstützungen falsche Angaben macht, mit Gefängnis bestraft wird. Es liegt im Interesse der Unterstützungssuchenden, lediglich wahre Angaben zu machen; damit nützt der Antragsteller sich nur selber und erleichtert den anderen die Arbeit.

Zur Unterstützung Arbeitsloser in Charlottenburg während des Krieges hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion einen Antrag eingebracht, der an den Magistrat das Ersuchen richtet, der Stadtverordnetenversammlung unerbittlich eine Vorlage zur Unterstützung Arbeitsloser auf folgender Grundlage zu unterbreiten:

1. Die Stadtgemeinde gewährt laufende Unterstützungen a) an Angestellte und Arbeiter, welche trotz Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit eine Beschäftigung nicht finden können; b) an kleinere Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe, die bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage außerstande sind, sich und ihre Familie zu ernähren.

2. Die Unterstützung wird unbefristet darum gewährt, ob der Betreffende von einer Berufsorganisation Arbeitslosenunterstützung bezieht oder nicht.

3. Für diejenigen Bezugsberechtigten, die von einer Berufsorganisation Arbeitslosenunterstützung beziehen, wird die Unterstützung nicht an die Person, sondern an die Organisation gewährt.

Durch einen früheren Gemeindevorstand ist die Fürsorge für die Arbeitslosen den auf Grund des Reichsgesetzes gebildeten Unterstützungskommissionen überwiesen. Die Folge davon sind in der Praxis Härten und Ungleichheiten. Die eine Kommission gewährt vielleicht eine ausreichende Unterstützung, während ganz derselbe Fall von der benachbarten Kommission abgelehnt wird. In ein und derselben Kommission können sogar völlig gleiche Fälle verschieden erledigt werden, je nach dem Eindruck, den die mit der Prüfung betraute Person gewinnt. Diesem System der Systemlosigkeit will der sozialdemokratische Antrag abhelfen und die Unterstützung in geregelte Bahnen lenken. Der Antrag, der am nächsten Mittwoch zur Beratung kommt, bezweckt eine Arbeitslosenunterstützung nach Berliner Muster, doch soll die Unterstützung, soweit es sich um Organisierte handelt, an die Organisationen gewährt werden, die ihrerseits Zuschüsse gewähren können oder nicht. Da nach Einführung einer Arbeitslosenunterstützung auch die Provinz Brandenburg gemäß dem Beschluß des Provinziallandtages Beihilfen gewährt, dürfte die Belastung der Stadt nicht allzu sehr ins Gewicht fallen.

### Kommunale Fürsorge in Steglitz.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde eine Vorlage über die Regelung des Dienstverhältnisses der eingezogenen kommunalen Beamten und Arbeiter beraten. Danach sollen die festangestellten Beamten das volle Gehalt nach den gesetzlichen Bestimmungen erhalten. Die übrigen Beamten und Arbeiter haben nur für August und September Anspruch auf die vollen Bezüge. Vom 1. Oktober bis 31. Dezember d. J. erhalten die Verheirateten den Lohn bis zur Hälfte, jedoch dürfen mit den Reichs- und Kreisunterstützungen drei Viertel der bisherigen Entschädigung nicht überschritten werden. Unverheiratete beziehen ein Viertel ihres Lohnes. Der Gemeindevorstand kann in besonderen Fällen über diese Sätze hinausgehen. Im Dezember sollen weitere Beschlüsse gefaßt werden. Ferner wird bestimmt: Im laufenden Etatsjahre ist den Hinterbliebenen der im Felde gefallenen oder dort verstorbenen Beamten, Beherpersonnen, Hilfsarbeiter und Arbeiter der Gemeinde während der Dauer des Krieges das volle Gehalt weiterzugeben. Die Vorlage über die Arbeitslosenunterstützung, die am 21. September in Kraft tritt, besagt:

„Der durch den Krieg in Not geratenen Personen sollen folgende Beihilfen gewährt werden: Einer verheirateten Person wöchentlich 8 M., bei Vorhandensein von drei und mehr Kindern wöchentlich 7 M., einer unverheirateten Person wöchentlich 4,50 M. In besonderen Fällen können Speisemarken und Naturalien verabfolgt werden. In Fällen großer Not kann auch über die erwähnten Unterstützungssätze hinausgegangen werden. Die organisierten Arbeiter und Angestellten erhalten zu ihrer statistischen Organisationsunterstützung einen Zuschuß von 50 Proz. mit der Maßgabe, daß Organisationsunterstützung und Gemeindegeldzuschuß für eine verheiratete Person den Betrag von wöchentlich 13 M. und für eine unverheiratete Person den Betrag von wöchentlich 10 M. nicht übersteigen darf.“

Bei Stellung des Antrages muß der Antragsteller bereits 14 Tage ohne Arbeit gewesen sein und seit dem 1. August in Steglitz seinen Wohnsitz haben.

Invaliden- und sonstige Rentenempfänger sowie diejenigen Personen, die im Wege der öffentlichen Armenpflege unterstützt werden, sind von der Gewährung dieser Beihilfe auszuschließen.

Ferner wird vorgeschlagen, den unterstützten Personen einen Zuschuß zur Miete zu gewähren, der direkt an den Vermieter zu zahlen ist. Dieser Zuschuß ist auf die Hälfte des monatlichen Mietbetrages, im Höchstfalle aber nur auf monatlich 20 M. zu bemessen. Der Gemeindevorstand kann in besonderen Fällen über die Hälfte des Mietbetrages hinausgehen; es muß aber auch hierbei der Höchstbetrag von 20 M. monatlich eingehalten werden. Diese Mietbeihilfen werden nicht für zurückliegende Zeiten gewährt. Die Vermieter müssen sich verpflichten, solange ihnen Mietbeihilfen von der Gemeinde gezahlt werden, die betreffenden Mieter nicht zu evakuieren.

Zur Deckung der hierdurch entstehenden Kosten wird, unter Einräumung der von der Gemeindevertretung bereits bewilligten 100 000 M., eine Kriegsanleihe bis zur Höhe von 600 000 M. aufgenommen.

Für die Kriegsanleidenden in Ostpreußen wurden 5000 M. bewilligt. Im Arbeitsgelegenheit zu schaffen, wurde beschloffen, in einigen Straßen die Regenwasserleitung einzubauen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 25 500 Mark. Mit einer Anfrage betr. Wiedereröffnung der Badeanstalt wird sich der Gemeindevorstand beschäftigen.

### Volkskonzerte im Stadthaus.

Der Verband der Freien Volkshäuser veranstaltet seit Beginn des Krieges in Berlin und den Vororten Volkskonzerte. Er will der minderbemittelten Bevölkerung durch die Kunst eine Stärkung der geistigen Kräfte bieten. Der Verband steht deshalb sein Werk fort und veranstaltet am 24. und 26. September, abends 8 Uhr, in der ihm vom Magistrat zur Verfügung gestellten Festhalle des neuen Stadthauses, Stralauer Str. 15/22, zwei große Konzerte. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Frau Paula Weinbaum, das Streichquartett Hoch und die 200 Stimmen zählenden Philharmonischen Männerchöre. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pf. Eine Abendkasse wird nicht eröffnet. Die Vorverkaufsstellen sind aus mehrfachen Veröffentlichungen und aus Plakaten bekannt.

### 25 Millionen Kriegsanleihe aus der Sparkasse.

Der Magistrat hat dem Reichsbankdirektorium mitgeteilt, daß bei den Zeichnungen für die Reichs-Kriegsanleihe die Berliner Sparkasse einschließlich der Zeichnung des Sparkassenratoriums selbst mit einem Betrage von 25 Millionen Mark beteiligt sein wird.

In einem verhängnisvollen Zusammenstoß zwischen einem Feldhüter und mehreren Personen ist es in Hohensteinhausen gekommen. In diesem Vorort hatten sich die Feldhüter in der letzten Zeit ganz außerordentlich gehäuft, so daß den Beamten erhöhte Wachsamkeit anbedenklich worden war. Als vor einigen Tagen der Feldhüter Krolow in der Forst am sogenannten „Haulen See“ einen Patrouillengang unternahm, stieß er auf mehrere Personen, die ihm verdächtig erschienen. Als er die Leute aufforderte, sich zu entfernen, ergingen diese sich in Verleumdungen und Drohungen gegen den Beamten und ein Arbeiter Ankel aus Berlin stürzte sich auf den Feldhüter. Es kam nun zu einem wütenden Handgemenge, in dessen Verlauf Krolow dem Ankel einen Hieb über den Kopf versetzte, der letztere zu Boden streckte. Ankel, der eine schwere Kopfverletzung erlitten hatte, wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Dort ist er vorgefallen an den Folgen der Kopfverletzung gestorben. Gegen den Feldhüter Krolow wurde sofort eine Untersuchung eingeleitet. Der Beamte wurde zunächst in Untersuchungshaft genommen, ist aber bereits wieder freigelassen worden.

Zeitweise Sperrung des Müggelsees. Der Chef der Verwaltung der märkischen Wasserstraßen hat das Befahren der Wasserfläche des Müggelsees vom Müggelgebiet in einer Länge von 500 Meter bis zum Strandhof vom Ufer aus strengstens verboten. Von der Kaiserlichen Marine ist am westlichen Ufer des Sees eine Flugschule errichtet worden, und mit Rücksicht auf die Flugversuche ist die Sperrung an jener Stelle erfolgt.

### Gesangskonzerte bei den Verwundeten

veranstaltet am heutigen Sonntagnachmittag der Männerchor „Acht-Georgia“ 1879 unter der Leitung des Chormeisters Th. Gerbais in der Universitäts-Jahnhalle, Invalidenstr. 69, und im Augustahospital, Schamhorststraße, am Invalidenpark.

Genosse Adolf Hoffmann ersucht uns um Aufnahme folgender Feststellung: In der in München erscheinenden Zeitschrift „Der Freidenker“ befindet sich ein von dem freireligiösen Pastor Schmidt ausgehender Aufsatz, unter dem auch mein Name steht. Ich erkläre hiermit, daß ich diesem Aufsatz vollständig fernstehe und dazu auch meine Unterschrift nicht gegeben habe.

Der Lesensfahrplan der Eisenbahndirektion Berlin, Ausgabe vom 19. September 1914, ist soeben erschienen und wird in den ersten Tagen dieser Woche bei allen Fahrkartenausgaben des Direktionsbezirk zum Preise von 10 Pf. zu erhalten sein.

Umgehilfe in Bantow. Den Arbeitslosen und denjenigen Frauen, deren Männer im Kriege sind, wird unentgeltlich Umgehilfe geleistet. Die Betroffenen wollen sich rechtzeitig in den Auskunftstellen melden, damit die Bestellung der Hilfstäfte vor sich gehen kann. Genossen, welche gewillt sind, beim Umzuge zu helfen, wollen sich unverzüglich beim Genossen Schindler, Nordbahnstr. 1, melden.

Umgehilfe in Bernau. Familien, welche infolge Arbeitslosigkeit oder Einkommensmangel zum Kriegsdienst unentgeltliche Hilfe zum bevorstehenden Umzug benötigen, wenden sich an Richard Runge, Rothmühlenerweg, Genossenschaftshaus II. Arbeitslose Genossen und Genossenschaftskollegen, welche Hilfe hierzu leisten wollen, melden sich bei oben genanntem Genossen.

### Parteiveranstaltungen.

Aldershof. Montag, den 21. September, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Parteiveranstaltung von den bekannten Stellen aus. Mittwoch, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Siege, Widmarstr. 20: Dessenfalls Versammlung. Tagesordnung: Die Hilfsaktion des Protektariats.

Lichterfelde. Die nächste Zusammenkunft der Genossinnen und Frauen der Arbeitervereine soll am Montag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Siege, Widmarstr. 20: Dessenfalls Versammlung. Tagesordnung: Die Hilfsaktion des Protektariats.

Ober-Schöneberg. Die für Dienstag, den 22. September, geplante Gedächtnisfeier der Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation wird umständlicher am Dienstag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr, im Wilhelmshof stattfinden. Der Tag soll durch ein Referat der Genossin Regina Kuben gewidmet werden. Außerdem wird die Ober-Schöneberger Liedertafel mit.

Reinick. Nach beendetem Inventar erfolgt die Wiedereröffnung der Zentralbibliothek am Mittwoch, den 23. September d. J. Die Bibliothek ist erheblich erweitert und umfaßt jetzt circa 950 Bände.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Aldershof. Donnerstag, den 24. September, abends 6 1/2 Uhr. Tagesordnung: a. a. Anträge unserer Vertreter betr. Arbeitslosenunterstützung, Schulplanung, Wöchnerinnen- und Krankenpflege.

Regel. Montag, den 21. September, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

### Frauen-Leseabende.

Aldershof. Montag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im Jugendheim.

Friedrichsfelde. Montagabend, den 21. September, bei Frau, Prinzenallee 69. Der Leseabend findet jetzt wieder jeden dritten Montag im Monat statt.

Röntgenal-Jeprenid-Buch. Montag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von August Lange, Röntgenal, Siemensstraße. Vortrag der Genossin Rastke.

Regel. Am Montag, den 21. September, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Bahnhofstraße. Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse lädt den ersten Vortrag für Montag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, in der Reuen Philharmonie, Köpenicker Str. 99/101, an. Das Thema lautet: „Kultur und Nationen“. Referent: Rechtsanwalt Wolfgang Heinz. Gehr, Männer und Frauen, willkommen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montagmorgen: Heilich, kühl, nachmittags noch überwiegen bewölkt mit öfter wiederholten, meist leichten Regenschauern. Später von West nach Ost fortschreitende langsame Aufhellung.

URANIA Taubenstr. 48/49.

4 Uhr: Lüttich und das belgische Land. (Kleine Preise.)

8 Uhr: Die Weichsel u. d. masurisch. Seen. Montag 8 Uhr: Die Weichsel und die masurisch. Seen.

Rose-Theater.

3 Uhr: Deutschland über alles. 8 Uhr: Die Waffen her!

Walhalla-Theater.

Täglich abends 8 Uhr: Deutschland über alles.

Volgt-Theater.

Badstr. 53. Heute Sonntag, den 20. September: Das Volk steht auf! Volkstheater mit Gesang aus der Franzosenzeit in 5 Akten. Aufführung 10 Uhr. Anf. 9 Uhr. Kont.: Ein feste Burg ist unser Gott.

Casino-Theater.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Glänzendes Programm. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Um meinen Freunden in dieser schweren Zeit ein paar genußreiche Stunden zu bieten, lade ich zu einem Kunst-Abend Sonntag, 20. Sept. 1914 im Gewerkschaftshaus, Engelster 15, ein.

Mittags, Menu à 1 Mark. Hühnersuppe Bouillon mit Einlage. Soesunge geb. m. Remoulade Schnitzel mit Spinat Filet goulasch im Topf. Gänsebraten Hamb. Kalbskeule Sauerbraten mit Kloß. Kompot oder Salat. Torte oder Käse.

Wir verkaufen unsere Monats-Garderobe jetzt nur in unseren Geschäftsräumen Mohrenstr. 19, Hof 1 Tr. Anzüge und Paletots von 10 M. an.

J. Stock & Co. Größtes Abonnementhaus feiner Herren-Moden.



Berliner Konzerthaus

Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.

Heute: Patriotisches Wohltätigkeits-Konzert des Berliner Liederkrans (Chormeister: Johan. Stehmann) unt. Mitwirk. d. Orchesters Frz. v. Blon. Zum Besten d. Hinterbliebenen unserer im Felde gefallenen Helden. Anfang 4 Uhr. Alle Vergünstigungen aufgehoben.

Ab 6 Uhr: Gr. Konzert Orchester Frz. v. Blon.

Wer Kriegsteilnehmern Liebesgaben

zuwenden will, ver-BYROLIN mitzusenden. BYROLIN ist säume nicht, ihnen seit über 25 Jahren zur Verhütung von Wundseifen aller Art, bei schmerzhaften Druckstellen, überhaupt zur Hautpflege, namentlich bei Schweißeinwirkung und zur Schmerzverhütung bei Hautabschürfungen unerreichbar. BYROLIN ist daher auch in jedem Haushalt, in jeder Kinderstube Sommer wie Winter unentbehrlich. — Zu haben in allen Apotheken und Drogerien, sonst bei den BYROLIN-Werken, Dr. Graf & Comp., Neubabelsberg

10 Jahre Garantie. Bürgerl. Beste Verarbeitung.

Wohnungs-Einrichtungen

jetzt zu konkurrenzlos billigen Preisen. Schlafzimmer: M. 183, 219, 270, 326, 428 bis 3500. Speisezimmer: M. 200, 333, 426, 505, 622 bis 4000. Herrenzimmer: M. 209, 326, 487, 550, 627 bis 3000. Wohnsalons: M. 242, 369, 429, 543, 736 bis 2500. Neuzeitl. Küchen: M. 51, 59, 75, 93, 125 bis 490. Franko-Liefer. durch Deutschl. ab Fabrikgeb. Illust. Katal. gr.

Die Zahlung kann durch Wertpapiere erfolgen, event. auch nur als Sicherheit.

Möbel-Engros-Lager Berliner Tischler- und Tapezierer-Meister Albert Gleiser G. m. b. H., Berlin O. 33 Alexanderstr. 42. Alexanderplatz.

Neuhelten für Herbst u. Winter sind schon eingetroffen und zu besichtigen bei Kredit-Feder. Nordstr. 1. Braunsstr. 1. Oststr. 1. Frankfurter Allee 29. Südstr. 1. Köthener Damm 103. Weststr. 1. Charl. Schaarstr. 1. In großer Auswahl unter günstig. Zahlungsbedingungen Sacco- und Rock-Anzüge Herbst-Paletots u. Ulster. Damen-Kostüme, Ulster, Kleider, Röcke, Hüsen, Damendie, Wäsche, Schuhwaren.

Reuters Werte 3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. Telefon: Amt Norden 1967, 1239, 9714, 185. Bureau geöffnet von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.

Heute Sonntag, den 20. September 1914, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der Schmiede, Kesselschmiede, Karosseriearbeiter und Autogenschweißer in Voekers Festhale, Weberstr. 17.

- 1. Die wirtschaftliche Lage der Schmiede in der gegenwärtigen Zeit. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Es wird erwartet, daß jeder Kollege pünktlich anwesend ist. Die Kollegen der Fahrzeug-Industrie aus den Betrieben von Dietmann, Lange u. Gutzert, Edert, Beerbaum, Joachim, David, Götz, Töbler und sämtlichen Siemens- und A. G. G. Betrieben sind besonders eingeladen.

12 Teller Nährkraftsuppe im Feldpostbrief. In 2 Minuten einen Teller köstliche heiße Suppe durch unser bekanntes konzentriertes Kräftpulver. Nährwert höher als Fleischbrühe. Kriegspackung. Direkter portofreier Versand zum Kriegsschauplatz 3 R., drei Feldpostbriefe 8 R. Genauer Adresse angeben, Vereinfachung des Bestells. D. Franz Stalner & Co., G. m. b. H., Berlin 6, Bülowstr. 84.

Ziehung 30. Septbr. bis 3. Okt.

Rote + Geld-Lotterie Zum Besten der Verwundeten. 100000 50000 25000. Lose n. Plan-N. 300 Portos Liste. Preis n. H. 3 = 30 Pf. extra.

H.C. Kröger Kleingärten der Stadt Berlin in Helnersdorf bei Teltow am Bahnhof Teltow der Anhalter Eisenbahn. Auskunft über die Verpachtung erteilt die Gutverwaltung Osdorf, Post Berlin-Marjahnfeld, oder an Ort und Stelle Herr Gastwirt Scholz, am Bahnhof Teltow.

Spezialarzt Dr. Homeyer. Haut-, Gorn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Veitstänke jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren in u. Co. fong. Laborat. Blut-untersuchung, Säden L. Darm usw. gegenüber Panoptikum. Ept. 10-2, 5-9, Sonn. 11-9. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

J. Baer Badstr. 28 Ecke Prinz-Alte Herron- und Knaben-Moden, Sportkleidung, Elegante Paletots, Eleg. Einsegnungs-Anzüge in jed. Preislage. Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung. Billigste, feste Preise.

Arbeitermöbel werden auch während des Krieges angefertigt und können beliebig billig bis 7 Uhr abends in der Fabrik von Döbbelt & Rothe, Zeughofstraße 20 bestellt werden. Die Winterwohnung im Gewerkschaftshaus ist geschlossen.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuss, Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage) Blutuntersuchung, Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Operation, störung, Teilzahlung. Spr. vorm. 9-Nm. 8, Sonn. 9-11. Von der Reise zurück Prof. Dr. Gustav Gutmann Augenarzt NW, Karlstr. 39. Sanitätsrat Dr. Nast Spez. Arzt. Hals-, Nerven- u. Ohrenheilkunde. Bergen Motzstr. 50.

Freie Volksbühne

Geschäftsstelle: Berlin O 25, Linienstraße 227. Amt Norden 2944, 2945.

Beginn der Spielzeit Anfang Oktober. Veranstaltungen für Oktober-November:

Neues Theater (Montis Operetten-Theater): Lessing: Minna von Barnhelm. Björnson: Wenn der junge Wein blüht.

Deutsches Theater: Shakespeares: Was ihr wollt.

Lessing-Theater: Der Erbförster.

Schiller-Theater (Charlottenburg): Hauptmann: Elga. Goethe: Die Geschwister.

Deutsches Künstler-Theater: Müller-Schloesser: Schneider Wibbel.

Deutsches Opernhaus: C. M. v. Weber: Der Freischütz. F. v. Flothow: Martha.

Die Eröffnung des neuerbauten Theaters Volksbühne, Theater am Bülowplatz ist um einige Wochen vertagt worden. Die Vorstellungen für den Verband der Freien Volksbühnen in diesem mit den neuesten technischen Einrichtungen versehenen Kunsthaus werden voraussichtlich im Dezember beginnen können. Die Kunstabende des Verbandes der Freien Volksbühnen im Kathausaal, in der Stadthalle und in den städtischen Gymnasien werden fortgesetzt. (Näheres ist aus den Notizen der Tagespresse ersichtlich.)

Anmeldungen von Mitgliedern nehmen alle Zahlstellen entgegen. Prospekte und Formulare sind in der Geschäftsstelle unentgeltlich zu haben. Die alten Mitgliedskarten müssen gegen neue Karten umgetauscht werden.

Werbet Mitglieder für die Freie Volksbühne! Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

GARBÁTY CIGARETTEN



für Qualitätsraucher

Steppdecken für Kranke, Kranke, Kranke. Fabrik: Walfert, 72. Bernhard Strohmändel.

Persil reinigt und desinfiziert Krankenwäsche Henkel's Bleich-Soda



29. Verlustliste.

Inhaltlich. 18. Inf.-Division: verm. 1 Mann. — Gren.-Reg. Nr. 5, 2. Bat.: tot 1 Unteroff., 12 Mann; verm. 5 Off., 11 Unteroff., 126 Mann; verm. 31 Mann. — Gren.-Reg. Nr. 10: tot 10 Off., 14 Unteroff., 47 Mann; verm. 9 Off., 44 Unteroff., 381 Mann; verm. 1 Off., 6 Unteroff., 329 Mann. — Füsilier-Reg. Nr. 40, 2. und 3. Bat.: tot 2 Off., 2 Unteroff., 27 Mann; verm. 1 Off., 10 Unteroff., 115 Mann; verm. 2 Unteroff., 71 Mann. — Inf.-Reg. 45, 1. Bat.: tot 1 Off., 5 Unteroff., 62 Mann; verm. 7 Off., 19 Unteroff., 261 Mann; verm. 2 Unteroffiziere, 84 Mann. — Infanterieregiment 67, 3. Bat.: tot 2 Off., 2 Unteroff., 28 Mann; verm. 5 Off., 32 Unteroff., 162 Mann; verm. 1 Unteroff., 108 Mann. — Brigade-Ersatz-Bat. 81: tot 1 Off., 1 Unteroff., 7 Mann; verm. 1 Off., 5 Unteroff., 82 Mann; verm. 24 Mann. — Inf.-Reg. 84, 1. Bat.: tot 1 Mann; verm. 1 Mann. — Inf.-Reg. 85, 1. Bat.: tot 6 Mann; verm. 1 Off., 4 Unteroff., 81 Mann. — Inf.-Reg. 131: tot 6 Off., 24 Unteroff., 95 Mann; verm. 23 Off., 101 Unteroff., 645 Mann; verm. 4 Unteroff., 243 Mann. — Inf.-Reg. 132: tot 10 Off., 22 Unteroff., 143 Mann; verm. 21 Off., 30 Unteroff., 328 Mann; verm. 1 Off., 4 Unteroff., 24 Mann. — Inf.-Reg. 157, 1. Bat. und Maschinengewehrkomp.: tot 8 Off., 9 Unteroff., 49 Mann; verm. 5 Off., 12 Unteroff., 117 Mann; verm. 91 Mann. — Inf.-Reg. 170, 3. Bat.: tot 2 Off., 1 Unteroff., 10 Mann; verm. 6 Unteroff., 28 Mann; verm. 1 Unteroffizier, 32 Mann. — Landsturmbat. (Gnabinnen): tot 2 Mann; verm. 1 Mann; verm. 2 Mann. — Dragoner-Reg. 22: tot 1 Off.; verm. 8 Mann; verm. 1 Unteroffizier, 11 Mann. — Infanterie-Reg. 4: tot 1 Off., 3 Mann; verm. 2 Off., 8 Mann; verm. 2 Off., 1 Unteroff., 22 Mann. — Garde-Feldart.-Reg. 8: tot 5 Mann; verm. 4 Off., 22 Mann. — Feldart.-Reg. 8: tot 1 Unteroff., 9 Mann; verm. 5 Off., 15 Unteroff., 60 Mann; verm. 3 Mann. — Feldart.-Reg. 17, 2. Abt.: verm. 1 Unteroff., 8 Mann. — Feldart.-Reg. 20: tot 1 Unteroff., 1 Mann; verm. 1 Off., 6 Unteroff., 35 Mann; verm. 15 Mann. — Feldart.-Reg. 30, 2. Abt.: tot 2 Off., 1 Unteroff., 6 Mann; verm. 2 Off., 4 Unteroff., 37 Mann. — Feldart.-Reg. 41: tot 3 Unteroffiziere, 15 Mann; verm. 4 Off., 4 Unteroff., 49 Mann. — Feldartillerie-Reg. 44: tot 1 Unteroff., 1 Mann; verm. 1 Off., 1 Unteroffizier, 6 Mann. — Feldart.-Reg. 46: tot 1 Off., 5 Mann; verm. 7 Off., 10 Unteroff., 65 Mann; verm. 1 Mann. — Feldart.-Reg. 51: tot 4 Off., 1 Unteroff., 13 Mann; verm. 6 Off., 12 Unteroff., 50 Mann; verm. 2 Mann. — Feldart.-Reg. 53, 2. Abt.: tot 1 Unteroffizier, 3 Mann; verm. 1 Off., 3 Unteroff., 11 Mann; verm. 1 Mann. — Feldart.-Reg. 56, Regimentsstab u. 2. Abt.: tot 1 Off., 4 Mann; verm. 3 Off., 1 Unteroff., 5 Mann; verm. 25 Mann. — Feldart.-Reg. 57, 2. Abt.: tot 3 Unteroff., 22 Mann; verm. 7 Unteroffiziere, 17 Mann. — Feldart.-Reg. 61, Regimentsstab u. 1. Abt.: tot 2 Mann; verm. 2 Off., 1 Unteroff., 5 Mann. — Feldart.-Reg. 67: tot 1 Unteroff., 4 Mann; verm. 2 Off., 12 Unteroff., 41 Mann; verm. 3 Mann. — Ref.-Feldart.-Reg. 13: tot 7 Mann, verm. 3 Unteroff., 23 Mann. — 2. Pionier-Bat. 6: tot 2 Mann; verm. 3 Unteroff., 8 Mann; verm. 3 Unteroff., 10 Mann.

Die gleichzeitig veröffentlichte Verlustliste Nr. 11 der sächsischen Armee bringt Verluste des Grenadier-Regiments Nr. 105, des Infanterieregiments Nr. 105, des Reserve-Infanterieregiments Nr. 182, des Feldartillerieregiments Nr. 68 und der Fernsprechanstalt Nr. 19. Die Verlustliste Nr. 17 der württembergischen Armee enthält Verluste des Reserve-Infanterieregiments Nr. 120.

Der Geld- und Kreditmarkt während des Krieges.

Allmählich beginnt der Geldmarkt ein ruhigeres Aussehen zu bekommen. Der Diskontsatz (Zins für Wechsel) von 6 Proz. ist nicht mehr übermäßig hoch, ebensowenig der fünfprozentige Zins für England. Die Lage der Bank von England ist zwar noch sehr angespannt, aber keineswegs besorgniserregend. Die Reserve steht heute etwas unter der vorjährigen, der Barvorrat aber noch über den vorjährigen. Der Einfluss des Krieges macht sich in dem Anschwollen des Notenumlaufes bemerkbar, der sich am 9. September dieses Jahres auf 35,22 Millionen Pfund Sterling gegen 20,05 Millionen im Vorjahre stellt. Um 6,17 Millionen (125,8 Millionen Mark) ist also der Notenumlauf gestiegen, obgleich sich die Wirtschaftskrise jetzt viel härter fühlbar macht als im vorigen Jahre. Noch härter wurde das Vorzeichen der Bank infolge des Krieges belastet. Die diskontierten Wechsel sind von 26,5 auf 116,9 Millionen, also um 90 Millionen Pfund gestiegen. Da aber das Geschäft im allgemeinen lichter, so lassen die Privatguthaben von 43,5 auf 130,7 Millionen oder um 87 Millionen Pfund erhöht haben. Man diskontiert also bei der Bank von England Wechsel nicht deshalb, um Zahlungsmittel zu erhalten, sondern um zum großen Teil das durch den Krieg entstandene Risiko möglichst auf die Bank abzuschieben. England hat ein Moratorium erlassen, zunächst bis zum 4. September, dann bis zum 4. Oktober. Die auf Grund dieses Moratoriums prolongierten Wechsel werden von der Bank von England bloß unter Garantie des Staates angenommen. Wegen der Ausnahme von ausländischen Wechseln hat die Regierung mit der Bank vereinbart, daß sie den Akzeptanten von Prämoratorium-Wechseln die nötigen Mittel bereitstellen soll zur Zahlung der Wechsel am Verfalltag, gegen einen Zins von 2 Prozent über den Bankdiskont. Die Akzeptanten werden ihre Forderungen baldmöglichst eintreiben und aus dem Erlös die Vorschüsse der Bank von England zurückzahlen müssen. Nicht eingegangene Beträge werden von der Bank von England frühestens erst ein Jahr nach Friedensschluss aufgefordert werden. Die Joint Stock Banken haben sich, wo nötig, mit der Unterstützung der Bank von England und der englischen Regierung bereit erklärt, ihren Klienten die nötigen Beträge zur Zahlung ihrer Wechsel vorzuschießen, sofern die dafür erforderlichen Beträge nicht durch Einzug von Forderungen flüssig gemacht werden können. Die Akzeptanten haben jedoch eine ausreichende Auskunft über die Art der Transaktionen und über die Ursache der Nichtzahlung der Forderungen zu erteilen. Der Krieg hat nämlich fast überall eine sehr scharfe Kreditkrisis hervorgerufen. Nicht nur die am Krieges unmittelbar beteiligten Länder, sondern auch sehr viele neutrale Länder mußten Moratorien erlassen. So Italien, Dänemark, Schweden, Norwegen und die Niederlande, sowie Bulgarien, Griechenland und die Türkei; aber selbst dem Kriegsschauplatz so weit abliegende Länder wie Argentinien, Brasilien und China haben Moratorien erlassen. In einigen anderen Staaten, wo kein Moratorium erlassen ist, liegen die Geldverhältnisse nicht besser. So können sich die chilenischen Banken nur noch mit Hilfe der Regierung helfen.

Da aber für England der Außenhandel nicht nur an und für sich von großer Bedeutung ist, sondern gerade jetzt als ein Machtmittel gegen Deutschland benutzt wird, so hat sich die Regierung zu dieser weitgehenden Diskontierung in bezug auf die Diskontierung ausländischer Wechsel genötigt gesehen. Der englische Staat trägt also für die Dauer des Krieges im weiten Umfange das Risiko des Geschäftes. Ob es aber selbst für diesen reichen Staat nicht zu gewagt ist, die Bürgschaft für private Geschäfte zu übernehmen, wird die Zukunft zeigen.

Deutschland hat sich eine großzügige Kreditorganisation in der Form von Darlehnskassen und Kriegskreditbanken geschaffen, hinter denen der Staat, die Reichsbank, die Handelskammern und private Unternehmer stehen. Das Risiko ist hier auf viele verteilt. Die Reichsbank mit ihren zahlreichen Filialen bleibt das Fundament des ganzen Gebäudes und ihr Status zeigt die Geld- und Kreditlage des Landes an. Die Reichsbank übernimmt die Darlehnskassenscheine und gibt an ihre Stelle Noten aus. In den letzten Tagen sind allerdings auch Scheine dieser Kassen, insbesondere solche zu fünf, zwei und zu einer Mark im Verkehr gesetzt worden. In der Hauptsache aber werden wohl diese Scheine in den Kassen der Reichsbank bleiben. Ebenso fügen die neugegründeten Kriegskassen auf dem Kredit der Reichsbank. Vor allem in den ersten Kriegswochen wurde die Reichsbank stark in Anspruch genommen. Stieg doch ihr Bestand an Wechseln seit dem 23. Juli bis Ende August um rund 4 Milliarden Mark an! Dementsprechend ist auch der Notenumlauf riesenhaft angeschwollen, von 1891 auf 4235 Millionen Mark. Auch in Deutschland ist ein großer Teil des aus dem Diskont von Wechseln entstandenen Guthabens bei der Reichsbank geflossen worden. Denn die Einlagen sind um 1,5 Milliarden gestiegen.

Rechnet man noch die Noten der vier Privatnotenbanken hinzu, den Betrag von 141,49 Millionen ausmachend, so stellt sich der Gesamtnotenumlauf am Ende August auf 4376,5 Millionen Mark. In der darauffolgenden Woche hat sich der Notenumlauf bei der Reichsbank um 96,8 Millionen vermindert. Ebenso sind auch 22,30 Millionen Depositionsgelder abgehoben worden. Da Deutschland kein allgemeines Moratorium hat, so ist hier die Geldzirkulation etwas intensiver als in England, wo sich der Notenumlauf fast nicht verändert hat. Für die folgende Zeit darf man eine weitere Entlastung der Reichsbank erwarten, da die Kriegskreditbanken und die Darlehnskassen, die vorläufig noch eine sehr geringe Tätigkeit entfaltet haben, wohl allmählich ins Geschäft kommen werden.

Der Zahlungs- und Kreditverkehr geregelt, so hat Deutschland nächstens die erste Probe auf seine Kapitalkraft zu bestehen. Die Zeichnung der neuen Kriegsanleihen wird zeigen, welche Mittel für den Krieg auf dem Wege der Anleihe flüssig gemacht werden können. Es wird nun in der Börsenpresse gefordert, daß die Darlehnskassen die Reichsanleihen statt bis zu 60 Proz. bis zu 75 und mehr Prozent beleihen sollen und zwar zu 6 Proz., so daß es leicht wird, mit Geldern aus den Darlehnskassen Reichsanleihen zu kaufen. Da die Darlehnskassen ihr Geld zum Teil aus der Reichsbank erhalten, so würde es bedeuten, daß die Reichsbank diese Anleihen selber erwirbt. Die Reichsbank wie übrigens auch die Darlehnskassen geben an ihre Stelle Noten und Scheine aus, die in den Verkehr treten; auf diese Weise könnten gewissermaßen auch die Reichsanleihen in den Verkehr kommen. Es droht aber dann die Gefahr der Ueberschwemmung des Verkehrs mit Papiergeld, als deren Unterlage die Reichsanleihen dienen. Um dies zu vermeiden, müssen die Darlehnskassen in der Beleihung von Reichsanleihen große Zurückhaltung üben und auf jeden Fall nicht über die festgesetzte Grenze von 60 Proz. des Nominalwertes hinaus leihen.

Im allgemeinen betrachtet, dürfen die ersten durch den Krieg hervorgerufenen Geldzirkulations- und Kreditwierigkeiten als überwunden betrachtet werden. Eine andere Frage ist es allerdings, wie sich die neue Kreditorganisation bei längerer Dauer des Krieges, wenn die Wirtschaftskrise sich verschärfen wird, behaupten wird. Niemand wird wohl imstande sein, jetzt schon diese Frage zu beantworten.

Gewerkschaftliches. Arbeitszwang für Unternehmer.

Wir stehen gewiß außer allem Verdacht, daß in den letzten Wochen — wenn auch manchmal in recht zweifelhaften Formen — in Erscheinung getretene Gemeinheitsgefühl im deutschen Volke irgendwie herabsetzen zu wollen; wenn wir auch nicht den bitteren Gedanken loswerden können, daß es erst eines solch gewaltigen Unglücks bedurfte, um dieses Gefühl auszulösen. Aber es muß doch gesagt werden, daß diese, häufig recht kraß zur Schau getragene rührende Sorge um die durch den Krieg Geschädigten, und besonders um die Arbeitslosen, etwas Falsches, Kältes an sich hat; ein Beweis dafür, wie wenig ernstlich man sich mit dem von uns in den letzten Jahren unermüdet diskutierten Problem der Arbeitslosenversicherung und ihrer tieferen Begründung befaßt hat. Denn alle die Wege, auf die man zur Abstellung der Arbeitslosennot weist, zeigen die alten, ausgefahrenen Spuren des volkswirtschaftlichen Lazarettwagens der charitativen Hilfe. Allerdings fehlt es auch nicht an guten Ratgebern, die in gewissen Zeitungen „durchgreifende“ Vorschläge machen, deren Ausführung jedoch zum Teil das Gegenteil bezwecken würden; wie beispielsweise die Idee eines Amateur-Volkswirtschaftlers, der im „Berliner Tageblatt“ vom 15. d. M. abends die Errichtung von Dörfern und sogar „kleinen Städten“ für die Kriegsinvaliden fordert, und zwar errichtet durch die Kriegsgefangenen. Dabei so nebenbei unsere Arbeitslosen Beschäftigung fänden. Es verlohnt sich gar nicht, auf den absurden Gedanken der Unglücksreserve einzugehen, viel weniger noch auf die Widerlegung der Aussicht, dabei der Arbeitslosigkeit unserer Volksgenossen zu steuern. Bei weitem aber bemerkenswerter ist ein Vorschlag, der grundsätzlich nicht neu ist, der jedoch deshalb größere Beachtung verdient, weil er von einer Seite („Der österreichische Volkswirt“) kommt, der man im übrigen wohl kaum den Vorwurf der Verbreitung sozialistischer Ideen wird machen können; und weil seine gute Begründung es durchaus erlaubt, die Ausführung nicht lediglich auf den Kriegsfall zu beschränken. Der österreichische Volkswirt zählt zunächst die notwendigen Maßnahmen auf, die der Staat zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Zirkulationsprozesses schon getroffen und unbedingt noch zu treffen hat; und er fährt fort: Weit bedeutsamer, wenn auch ungleich schwieriger, wäre aber die Statuierung einer gewissen Arbeitspflicht für die Unternehmer. Die Nachrichten häufen sich, daß

Unternehmer ohne Not, nur aus Stumpfheit oder übergroßer Vorsicht ihre Betriebe sperren und so das Decree der Arbeitslosen vermehren. Den industriellen Organisationen selbst ist es bisher nicht gelungen, ein einheitliches Vorgehen ihrer Mitglieder zu erreichen, und so ist die Frage der Aufrechterhaltung oder Einstellung der Betriebe dem Belieben der einzelnen überlassen. Der Unternehmer selbst läuft allerdings meist am wenigsten Gefahr, wenn er sich für die Zeit der Unsicherheit einfach vom Markt zurückzieht. Eine andere Frage ist es aber, ob die Gesamtheit in solchen Zeiten die Entscheidung über die Güterversorgung dem Gutdünken einzelner Unternehmer von mehr oder minder umfassender Einsicht überlassen kann. Die Gesamterzeugung der Volkswirtschaft mit gewissen industriellen Produkten muß unter allen Umständen sichergestellt werden. Die Tragweite eines so weitgehenden staatlichen Eingriffs in das wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht verhehlen wir uns nicht. Seine praktische Durchführung sieht nicht nur auf technische Schwierigkeiten, sondern auch auf moralische, die Frage, wie weit der Staat dem Unternehmer ein kapitalistisches Risiko zumuten darf. Was die technischen Schwierigkeiten betrifft, so wären sie in der Regel — selbstverständlich unter der Voraussetzung normaler Rohstoffe- und Materialversorgung — nicht größer, als wenn eine Fabrik unter den Sequester gestellt wird. Es müßte der Betrieb in seiner bisherigen Form mit den bisherigen Beamten und Arbeitern weitergeführt werden, wobei die Kriegsverwaltung, wie wir schon kürzlich erwähnten, weitgehende Rücksicht in der Einberufung der leitenden Personen zu üben hätte. Was aber das Kapitalrisiko betrifft, so hätte der Staat allerdings in gewissen Grenzen, über die sich wohl eine Einigung erzielen ließe, dafür aufzukommen. Eine solche Maßnahme wäre keineswegs so paradox, als sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Der Staat hat die Wahl, ob er ungezählte Millionen zur Unterhaltung Arbeitsloser ausgeben, oder ob er einen Teil dieser Millionen der Industrie zur Verfügung stellen will, um ihr die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe zu ermöglichen, wobei doch, falls, wie es den Anschein hat, der Krieg erfolgreich und außerhalb der Landesgrenze geführt wird, die hohe Chance besteht, daß durch die Wiederkehr des Vertrauens und durch die Inangriffnahme eines halbwegs normalen Zirkulationsprozesses die staatliche Tätigkeit nur ganz suppletorischen (ergänzenden) Charakter annehmen würde. Ueber die Pflicht zur Fortführung eines Betriebes hätten Bezirkskommissionen zu entscheiden, die unter Leitung der Gewerbebehörden (Bezirkshauptmann, Gewerbeinspektoren) auch Vertreter der Unternehmer und der Gewerkschaften zu umfassen hätten. Nur so ließen sich die Besonderheiten des einzelnen Falles entsprechend berücksichtigen. Neben der teilweisen Erhebung des Betriebsverlustes wäre überdies zu erwägen, wie weit durch Darlehnskassen die vorläufig unangelegten Vorräte zu beleihen wären, um nicht den Kredit der Banken, die ohnedies — mit vereinzelten Ausnahmen — das weitestgehende Entgegenkommen üben, nicht allzu stark in Anspruch nehmen zu müssen.

Den Eingriff in die Rechte des Unternehmers begründet der „Volkswirt“ ganz richtig:

„Im Kriege hat nicht nur der zu den Waffen Berufene das Recht der Selbstbestimmung verloren. Der einzelne gilt nichts, wenn der Staat um seine Existenz ringt, und deshalb muß das Selbstbestimmungsrecht auch in der Volkswirtschaft durch organisatorische Maßnahmen des Staates in Grenzen gehalten werden, die die Gesamtheit nicht schädigen.“

Man wird hier vielleicht den Entwurf machen, daß — ganz abgesehen von seiner prinzipiellen Bedeutung — der Vorschlag in seiner Durchführung nur in Oesterreich Zweck habe, da die Industrie der Doppelmonarchie hauptsächlich nur für den eigenen Bedarf produziere, während sie bei uns hauptsächlich auf die Ausfuhr angewiesen sei. Das ist zum Teil richtig; aber ebenso sicher ist, daß in Deutschland der Konsum nur deshalb zurückgeht, weil die Mehrzahl der Arbeitnehmer in dauernder Unsicherheit schwelgt, ob und wie lange sie noch das bisherige Einkommen haben wird. Denn täglich werden Tausende von Arbeitern und Angestellten entlassen, und das Lausende der Arbeitslosigkeit droht fast jedem. Wird diese Unsicherheit beseitigt, dann wird der Konsum von selbst wieder steigen.

Wenn uns auch der Vorschlag des „Volkswirt“ in der vorläufigen Form und Tendenz etwas nach dem ökonomischen Polizeistaat Fichtes (Der geschlossene Handelsstaat) zu schmecken scheint, und außerdem zunächst nur für Oesterreich gemacht ist, bleibt er doch bemerkenswert, auch für Deutschland. Denn offenbar ist der „Volkswirt“ in seinem Gedankengange etwas beeinflusst worden durch eine Stelle aus eben dem „geschlossenen Handelsstaat“ Fichtes, die da lautet:

„Aber von jeher haben in allen politisierten (in bürgerlicher Ordnung befindlichen) Staaten Fabrikanten, deren Werkstätten, aus Mangel an Absatz oder am hohen Stoffe, plötzlich stillstehen mußten, oder ein Volk, das in Gefahr kam, der ersten Nahrungsmittel zu entbehren, oder die sie ohne alles Bedacht gegen den bisherigen Preis teuer bezahlen mußte, im dunkeln Gefühl ihres Rechts sich an die Regierung gewandt: und von jeher hat diese die Klage nicht abgewiesen, als für sie nicht gehörig, sondern Rat geschafft, so gut sie es vermochte, im dunkeln Gefühl ihrer Pflicht, und in der klaren Aussicht auf die Gefahren eines Aufbruchs von Volkshäufen, denen die äußerste Not nichts übrig läßt, das sie noch zu schonen hätten.“

Konflikte im niederschlesischen Bergbau!

Im Waldenburger Grubenrevier herrscht über rücksichtsloses Vorgehen der Grubenverwaltungen bei den Lohnzahlungen eine derartige starke Bewegung, daß es am Dienstag und Mittwoch bereits zu partiellen Arbeitseinstellungen gekommen ist. Zunächst hat es böses Blut unter den Belegschaften erregt, daß vom Freitag beschlossen worden ist, die vom Bergarbeiterverband gewählten Kriegshilfen auf die Kreisunterstützungen der Gemeinden anzurechnen. Dieses Verfahren ist um so unverständlicher, als gerade die Bergarbeiter auf Anregung der Grubendirektionen sich bereit erklärt hatten, den Krieg einer halben Schicht monatlich für die Frauen und Kinder der im Kriege Stehenden zu opfern. Im Gegensatz zu dieser Opferfreudigkeit der Bergarbeiter bereiten die Grubenverwaltungen eine Lohnpolitik vor, die Grubendirektionen erregen und den gegenwärtig so nötigen sozialen Frieden aufs schärfste stören muß. Die Grubendirektionen haben einen anderen Abschlagszahlungsmodus eingeführt, und dabei die Abschlagssumme um etwa 5 M. reduziert. Die Lohnfürungen bei Einzelgehältern betragen bis 50 Pf. und mehr. Der Unwille der Bergleute über dieses Verfahren wird von den Beamten mit der Redensart abgetan: „Wem's nicht paßt, kann gehen.“ Es gibt heute Arbeitslose genug. Mit dieser Schroffheit werden geradezu wirtschaftliche Konflikte provoziert, die hier am Dienstag und Mittwoch dazu geführt haben, daß die Schleppler mehrere Schichten nicht anfahren und auch die anderen Schichten zur Arbeitseinstellung zu zwingen

flüssen lüchten. Auch bei den Belegstoffen anderer Gruben gart es außerordentlich. An der plötzlichen Arbeitseinstellung ist ein sehr großer Prozentjah Unorganisierte beteiligt. Was eine solche Bewegung in der jetzigen Kriegszeit unter den gegenwärtigen Rechtszuständen für Konsequenzen haben kann, ist unübersehbar. Die Schuld trifft die Grubenverwaltungen, die trotz lebhafter Konjunktur ganz ungeniert den Versuch wagen, die starke Arbeitslosigkeit in anderen Berufen auszunutzen, um die Löhne zu drücken. Es sind sofort Schritte unternommen worden, um die obersten Militär- und Zivilbehörden zu bewegen, im Interesse der Arbeiter Frieden zu stiften.

### Berlin und Umgegend. Neberrmäßige Arbeitszeit.

Immer noch dauert der schon oft gerügte Mangel an, daß Vertreter, welche mit Arbeiten für den Kriegsbedarf überhäuft sind, die Arbeitszeit verlängern, während Tausende von Arbeitern, durch den Krieg brotlos geworden, sich vergebens nach Beschäftigung umsehen. Wie uns mitgeteilt wird, beschäftigt die Firma „Reinwerke“ in Waldmannslust an der Nordbahn 50 Tischler und Polierer mit der Herstellung von Propellern zu Militärflugzeugen. Die Arbeitszeit der Tischler dauert von morgens 6 bis abends 8 Uhr, also nach Abrechnung der Pausen 12 Stunden. Bei den Polierern sind täglich zwei Schichten zu je 11 Stunden eingeführt. Wenn der Betrieb täglich drei Schichten mit je acht Stunden festsetzen würde, dann könnte eine Anzahl Arbeitsloser Beschäftigung finden.

### Deutsches Reich.

Der Metallarbeiterverband hat in der letzten Kriegswochen wie auch in den ersten zwei Wochen nach Ausbruch des Krieges Erhebungen über die Einwirkung der Kriegswirren auf das Berufsleben vorgenommen. Während die ersten Erhebungen auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen können, haben für die dritte Woche nur wenige Verwaltungen keine Berichte gefandt. In den 398 berichtenden Verwaltungen waren zu Anfang der Berichtswochen 408 377 Mitglieder. Zum Militär sind abgegangen im Laufe der Woche 21 033; aus anderen Gründen sind abgerechnet 4146; der Gesamtumfang beträgt somit 25 838. Am Schluß der Woche waren noch vorhanden 382 588 Mitglieder. In den ersten zwei Kriegswochen sind 121 550 Mitglieder abgegangen, davon 110 198 zum Militär; es sind in den ersten drei Kriegswochen also 131 891 Mitglieder des Verbandes zu den Fasmen gerufen worden. Das sind bei Jugunderlegung der Mitgliedszahl vom 1. Juli dieses Jahres 24,8 Proz. Die Zahl der Arbeitslosen ist bei der Zahlung vom 1. September dieses Jahres auf 76 711 festgestellt worden. In Hinsicht auf die Zahl der Arbeitslosen sicher höher. Berichte liegen nur von 881 Verwaltungen mit 357 164 Mitgliedern vor; über rund 26 000 Mitglieder wurde nicht berichtet. Auch dürfte sich ein Teil der nichtbezugsberechtigten Arbeitslosen nicht gemeldet haben. Das ergibt sich schon aus der geringen Differenz zwischen der Gesamtzahl der Arbeitslosen und der Zahl der bezugsberechtigten Arbeitslosen. Diese beträgt 75 407; das sind 19,7 Proz. der am Schluß der dritten Kriegswochen noch vorhandenen Mitglieder. Der Zahl nach hat die meisten Arbeitslosen der vierte Bezirk, an zweiter Stelle folgt Berlin. Im Verhältnis zur Mitgliederzahl sind die meisten Arbeitslosen im achten, neunten und zehnten Bezirk ermittelt worden. Die wenigsten Arbeitslosen sind im ersten und sechsten Bezirk. In diesen beiden Bezirken haben sehr viele Arbeiter bei der Rüfendefestigung und auf den Besten Stellung gefunden.

Die Aufgabe für Arbeitslosenunterstützung hat sich bedeutend gesteigert; es kamen in der dritten Kriegswochen 496 762 M. zur Auszahlung gegen 336 771 M. in den zwei ersten Kriegswochen. Es sind also in den ersten drei Kriegswochen bereits über 1/2 Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt worden.

6000 Arbeitslose zählte der Verband der Buch- und Stein-druckereiarbeiter und -arbeiterinnen in 40 Zählstellen.

Der Verband der Gastwirtschaftlichen zählt nur 55,8 Proz. beschäftigte Mitglieder. Ein erheblicher Teil der Beschäftigten ist jedoch nicht mehr im Gastwirtschaftsgewerbe tätig, sondern hat in anderen Berufen Unterschlupf gesucht. Als Arbeitslose zählt der Verband 22,7 Proz. seiner Mitglieder, zum Kriegsdienst eingezogen sind 21,5 Proz. Der Krieg erfordert vom Gastwirtschaftlichenverband in jeder Woche einen Aufwand von 10 000 M. für Unterstützungen.

## Aus Industrie und Handel.

### Preistreiberien der Mühlen.

Zu den auch von uns bereits gekennzeichneten Preistreiberien der Großmühlen bringt die „Frankfurter Volkstimme“ folgendes weitere Material:

Es ist unbefristet und kann sehr leicht nachgewiesen werden, daß die Großmühlen, gestützt auf ihre geschlossene Vereinigung und unterstützt durch die Macht ihres Kapitals die Rohmaterial ausnutzen, trotz ihrer enormen Vorräte an Mehl und Rohmaterial selbst gegen Verzehrung, die für circa 30 M. pro Sack getätigten Mehlabschlüsse auszuführen, vielmehr rechtswidrig die Aufzahlung von circa 1200 M. pro Wagon bean-spruchten.

Ein Beweis, wie unbedacht und unbegründet die Erhöhung der Mehlpreise um circa 1200 M. pro Wagon bei Kriegsausbruch war, geht aus der Tatsache hervor, daß die Mühlen, trotzdem die Preise für Rohmaterial inzwischen gestiegen sind, unter dem Druck der Kritik ihre Forderungen für Mehl noch und nach um über 400 M. pro Wagon ermäßigten. Aber auch der heutige Preis von 88 1/2 M. pro Doppelcentner muß bei einem Weizenpreis von 24,50 bis 24,75 M. selbst unter Berücksichtigung der erhöhten Herstellungskosten um mindestens 300 bis 350 M. pro Wagon als zu hoch bezeichnet werden. . . .

Jetzt löst die Mühlenvereinigung erklären: Die Mühlen seien durch die gewaltigen Anforderungen der Militär- und Zivilbehörden und durch die Störung und Unterbindung der ausländischen Zufuhren behindert, ihre Verpflichtungen dem Mehlhandel gegenüber zu erfüllen.

Auch hinter dieser Erklärung steckt wieder ein kapitalistischer Schlich. Die Großmühlen wollen jetzt ihr profitables Geschäft in anderer Weise betreiben. Die für 24,50 und 30 M. erfolgten Abschlüsse für 100 Sack Mehl sollen in der Weise zur Ausführung kommen, daß nur 15 Sack für diesen Preis geliefert werden. Aber mehr will, auch den heutigen Preis von 38,50 M. bezahlen, d. h. weitere 9 M. pro Sack fließen in ihre Taschen.

Nein, nicht die Anforderungen der Militär- und Zivilbehörden, auch nicht die Störung der ausländischen Zufuhren haben den Großmühlen die Erfüllung ihrer Lieferungsverpflichtungen unmöglich gemacht, sondern Gewinnstreben war das Motiv der Preissteigerung. Es steht vor aller Welt fest und keine Redensarten der Großmühlen können darüber hinwegtäuschen, daß die Mühlen vor und bei Ausbruch des Kriegsausbruch enorme Vorräte an Mehl und Rohmaterial hatten und zur Erfüllung ihrer Verträge vollaus in der Lage waren, daß sie aber diese Verpflichtungen in gewinnstüchtiger Weise ablehnten. Es kennzeichnet ihr Verhalten, daß sie zur Lieferung jedes Quantum Mehl bereit waren, wenn der erhöhte Preis bezahlt wurde.

In welcher rigorosen Weise die Großmühleneinigung ihre Ruchhaft behandelt hat, haben wir schon an einigen Beispielen dargestellt. Hier ein paar weitere: Die Ludwigshofener Malsmühle A. G. verkaufte durch ihren Agenten nach Ausbruch des Krieges an einen Frankfurter Mehlhändler Weizenmehl zu 40 M. pro Doppelcentner. Bei Kriegsausbruch stieg es auf 40 M. verlangte erst

nach hartem Protest wurde das Mehl zu 40 M. geliefert. Offenbar dachte die Mühle: gehts, dann gehts!

Die Mühle H. J. Anierim, G. m. b. H. in Osthofen, verkaufte Ende Juli an einen Kunden 50 Sack Weizenmehl zu den Mühlenbedingungen: nach 10 Tagen Kassa bei 1 Proz. Skonto. Anfangs August, und zwar zu einer Zeit, wo der Betrag für diese 50 Sack noch nicht fällig war, wollte derselbe Kunde weitere 50 Sack haben, die ebenfalls früher zu einem billigeren Preis bestellt waren. Die Mühle verweigerte die Herausgabe dieses Quantum mit der Erklärung: sie verlange dafür 40 M. pro Sack. Unter dem Zwange der Verhältnisse akzeptierte der Kunde 25 Sack zu 40 M., und sandte sein Fuhrwerk mit dem Betrage an die Mühle Anierim, um das Mehl zu holen. Als der Fuhrmann das Geld für die 25 Sack bezahlt hatte, erklärte ihm die Mühle: sie gebe ihm das Mehl nicht, sondern behalte das Geld für die Ende Juli gelieferten 50 Sack. Sie lasse auch das Fuhrwerk (Wagen und Pferde) nicht eher aus der Mühle, bis der Restbetrag aus der ersten Lieferung bezahlt sei. Der Fuhrmann telephonierte das sofort seinem Herrn, und dieser schickte dann auch sofort das Geld, worauf Wagen und Pferde freigegeben wurden. Erinnerung ein solches Verfahren nicht an die Praktiken gewisser A-litter . . .

Weiter: Die Pfälzischen Mühlenwerke A. G. in Wannheim hatten an eine Frankfurter Mehlhandlung für Juli lieferbar 1500 Sack Mehl zum Preis von 29,75 M. verkauft. Als der Abnehmer das Mehl verlangte, erklärte die Mühle, sie könne es nicht liefern, weil die Militärbehörde dieses Quantum beschlagnahmt habe. Die Mühle hat für dieses Mehl 20 000 M. mehr erzielt und selbstverständlich eingestekt. Der Abnehmer protestierte gegen ein solches Verfahren und fragte:

„Wessen Mehl wurde denn in diesem Falle von der Regierung genommen? Doch nicht Ihres, sondern unser Mehl. . . . Mit welchem Recht wollen Sie sich die Differenz aneignen? Oder soll der Krieg für die Abschlässe der Mühlen zugunsten der Mühlen zurückdatiert werden, damit auch die Julimehle (gemeint sind die im Juli getätigten Abschlüsse Red. d. B.) in die Kriegskasse aufgenommen werden können? Daß die Mühlen sich nicht scheuen, diese ernste Situation finanziell auszunutzen, ist sehr bedauerlich. . . .“

Dergleichen und noch schlimmere Fälle von Vergeßlichkeit der Händler und Käufer durch die Großmühleneinigung liegen massenhaft vor. Sie sind immer wieder ein Beweis dafür, wie diese Gesellschaft darauf aus war und ist, die Zeit des Krieges auszunutzen, um das Volk auszuplündern. Denn das brotlosmümierte Volk ist dabei der blutende Teil. Es ist schamlos und empörend, daß in einer Zeit, wo man von jedem einzelnen Opfer für das Vaterland fordert, ein Clique von Kapitalisten kein anderes Bestreben kennt, als die Kollage des Volkes auszunutzen, um sich zu bereichern. Und ebenso bedauerlich ist es, daß die Regierung diesem Treiben ruhig zusieht, daß sie zusieht, wie das Volk ausgebeutet wird, und daß sie nichts unternimmt, um diesen Völk- und Vaterlandsfeinden endlich das Handwerk zu legen. . . .“

Ein Abendblatt der Wiener „Arbeiterzeitung“. Die „Arbeiterzeitung“ in Wien gibt seit dem 17. September ein Abendblatt heraus, das unter dem Titel „A. Z. am Abend“ um 5 Uhr nachmittags erscheint und für 2 Heller verkauft wird.

Die Wirtschaftslage in Rußland. Die „Neue Züricher Zeitung“ vom 18. September bringt den Privatbrief eines Schweizer in Moskau vom 24. August, worin es heißt: Handel und Verkehr fangen an zu stocken; industrielle und gewerbliche Unternehmungen sind zwar zurzeit noch gut beschäftigt, doch wird das nicht mehr lange dauern. Zwar wird behauptet, die Rasse in Nischni Nowgorod hätte in jüngster Zeit etwas angezogen, wie auch der Bahnverkehr demnächst wieder in normale Bahnen gelenkt werden würde. Die Lebensmittelpreise sind im allgemeinen gestiegen, nur einige Gegenstände sind wegen des Ausfalls im Exportgeschäft billiger; die öffentliche Wohltätigkeit wird bereits stark in Anspruch genommen.

## Gerichtszeitung.

### Kinoschwindel.

Wie das Kinoschauspielerproletariat entsteht, zeigte eine Verhandlung, welche die 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weder beschäftigte. Angeklagt wegen Betruges im straffschärfenden Rückfalle war der Balletmeister Artur Keil, während sich der Fußballmeister Alfred Waldenberg gegen Apollini wegen Weisliche zum Betruges zu verantworten hatte.

Der Angeklagte Keil, welcher früher in Moabit eine kleine Tanzschule betrieb, ist wegen zahlreicher Raubtanzschwindelereien mit insgesamt 3 1/2 Jahren Gefängnis vorbestraft. Im Juni dieses Jahres aus dem Gefängnis entlassen, begann er sofort ein neues Schwindelunternehmen. Er eröffnete in dem Hause Jägerstr. 10 ein „Theaterbureau“, bestehend aus einem möblierten Zimmer, und suchte durch Inserate und Zettel, die er auf der Straße verteilte, junge Mädchen, denen er anbot, sie gegen ein Honorar von 10 M. zu Kinoschauspielerinnen auszubilden. Die Probe war, daß sich zahlreiche Stellenrinnen, Stubenmädchen, Mädchen, Kontoristinnen meldeten, die sich schon als neue „Kino-Duße“ fühlten. Die Mädchen, unter denen mehrere ältere Semester sich befanden, mußten dann unter Anleitung des von Keil angestellten Mitangeklagten Waldenburg in einem gemieteten Saal herumhüpfen und, wie sich eine Zeugin ausdrückte, allen möglichen Blödsinn machen. Das Gericht erbielte einen Betrag auf Seiten des Keil darin, daß er den Mädchen dauernde Beschäftigung zugesichert hatte. Das Urteil gegen Keil, gegen den der Staatsanwalt 2 Jahre Zuchthaus beantragt hatte, lautete auf 9 Monate Gefängnis. Wegen den bisher unbescholtenen Angeklagten Waldenberg wurde auf Freisprechung erkannt.

### Eingegangene Druckschriften.

Das religiöse Erlebnis. Von H. Oberhardt. — Worin liegt der Wert des Christentums als Religion? Von H. Oberhardt. Einzelheft 50 Pf. H. V. Perthes, Gotha.

Welt-Kriegs-Karte. Kriegsstaaten und ihre Kolonien. Größe 62x79 Zentimeter. 1 M. G. Westermann, Braunschweig.

Der Krieg. Rede von G. Forner. Geheftet 50 Pf. G. Reinhardt, München.

Die wahren Ursachen des Weltkrieges 1914. Von R. A. Ansh. 25 Pf. Weltliteratur und Kunst, Berlin SW. 61.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dindensstraße 3, dritter Hof, vier Treppen — Fahrstuhl —, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Aufschub und eine Zahl aus Verzeichnisse beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

2. 24. Heilbarilleregiment Nr. 64. 32. (3. sächsische) Feldartilleriebrigade, 32. (3. sächsische) Division, XII. (1. sächsische) Armee-Korps.

3. R. 156. 1. Reutölan ist zurück. 2. Ja, das geht ab zu Ihren Gunsten. Es sind im Rest — M. 3. 100. 1. Ja. 2. Die Gerichtspraxis ist verschieden. Zwischen 250 M. und 350 M. werden gemächlich belassen. 3. Wenn der Gerichtsbescheid so lautet, nein. 4. Das hängt vom Wortlaut des Gerichtsbeschlusses ab. — 26. 9. 48. Die Versicherungsgesellschaft würde mit der Klage durchdringen. — G. 6. 67. Ja, auf solche Bitte geht der Richter ein. — C. 2. 38. Der Antrag geht weiter. Der Krieg ist kein Kuppelungsgrund. — S. 2. 100. Ja. — M. 6. 1914. 1. und 2. Ja. Wegen die Sperre könnten Sie fragen. — C. 2. 12. 1. bis 3. Leider nein. 4. Ja. — G. 6. 17. Eherholen Sie den Antrag auf Niederlegung bei der Veranlagungskommission. — G. 2. 4. 24. Nein, Sie erhalten den Statuten entsprechend nur einen Teil zurück.

## Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 8. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Blumenhändler  
**Karl Ullmann**  
Engelauer 2b  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Elektr.-Monteur  
**Wilhelm Seidel**  
Johannisthal, Kaiser-Wilhelm-Straße 12, am 18. September an Lungenleiden gestorben ist.  
Ferner starb unser Mitglied, der Gärtler  
**Ernst Gutke**  
Bernauer Str. 14, am 16. September an Lungenleiden.  
Die Beerdigung findet am Montag, den 21. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Weingartenallee, aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Kohleleger  
**Julius Rohde**  
Jochstraße 13, am 18. September an Herzleiden.  
Die Beerdigung findet am Montag, den 21. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes in Reulölan, Hermannstraße, aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
125/8 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis Köpenicker Viertel. Bez. 177.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt  
**Hermann Voigt**  
Eisenbahnstraße 35, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 21. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Reulölan, Hermannstraße, aus statt.  
215/15 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.**  
Am 18. September verstarb unser Parteigenosse  
**Adolf Pritzkow**  
Ideal-Passage 5, 5. Bezirk.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 22. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reutölaner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Am rege Beteiligung erbetet  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim. Bezirk Ober-Schönau. 5. Bezirk.**  
Am Donnerstag, den 17. September, verstarb plötzlich am Herzschlage der Genosse  
**Albert Dittberner**  
Friedrichstr. 4, im fast vollendeten 60. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof statt.  
Rege Beteiligung erbetet  
241/15 Die Bezirksleitung.

**Nachruf.**  
Hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege, der Schweißler  
**Josef Kaezmarek**  
Danziger Str. 193, am 25. August auf dem westlichen Kriegsfeld als Kanonier sein Leben lassen mußte.  
Wir verlieren in ihm einen treuen Freund und lieben Mitarbeiter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.  
Beitrag, den 19. September 1914.  
Das Personal der Buchdruckerei und Kontobücherei  
Bohlstraß & Apol. 766

**Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim. Bezirk Ober-Schönau. 5. Bezirk.**  
Am Donnerstag, den 17. September, verstarb plötzlich am Herzschlage der Genosse  
**Albert Dittberner**  
Friedrichstr. 4, im fast vollendeten 60. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof statt.  
Rege Beteiligung erbetet  
241/15 Die Bezirksleitung.

**Nachruf.**  
Nach langem, schwerem Krankenlager ist unser langjähriges Mitglied  
**Bruno Hartmann**  
durch den Tod erlöst worden.  
Ruhe in Frieden!  
Wir werden ihm ein ehrendes Gedächtnis bewahren.  
298/8  
Der Vorstand der Krankenkasse der Seifensieder.

In den Kämpfen in Ostpreußen ist unser lieber Sohn und Bruder  
**Wilhelm Kiekebuseh**,  
welcher als Reservist am Feldzug teilnahm, verbrannt worden und infolgedessen am 18. September im Lazarett zu Charlottenburg gestorben.  
Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen  
**Albert Kiekebuseh**  
nebst Frau und Sohn,  
Reutölan, Jägerstr. 66.  
Die Beerdigung findet Montag, den 21. September, nachmittags 4 Uhr, auf dem Garnisonfriedhof (Tempelhofer Feld) statt.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines Sohnes **Karl Hubert** sagen wir allen Freunden und Verwandten, insbesondere dem Verband der Brillen-Verulsmüller unseren besten Dank.  
**Witwe Hubert**  
nebst Geschwistern.  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Einäscherung unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters  
**Theodor Scherbing**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten, den Mitgliedern des Wahlvereins und des Verbandes der freien Haus- und Schankwirte, des Volkshausvereins, des Volksfeuerbestattungsvereins Groß-Berlin, des Sparvereins „Unverhofft“ unseren herzlichsten Dank.  
865  
**Witwe Anna Scherbing**  
nebst Kindern und Enkelkind.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser herzensguter Sohn, lieber Bruder, Schwager und Verlobter, der Klavierarbeiter  
**Otto Koch**  
im Alter von 23 Jahren im Felde am 9. September 1914 gefallen ist.  
Dies zeigen schmerz erfüllt an  
**Gustav Koch** und Frau  
Reutölan, Grim-Handjery-Str. 19.  
**Anni Kröck**, Sangerhausen.

**Danksagung.**  
Allen Verwandten, Bekannten und Kollegen sage ich hierdurch für die herzlichste Teilnahme an der Beerdigung meines imig- geliebten Vaters, des Unter- **Karl Kluchert**, meinen und meiner Kinder und Enkelkinder tiefgefühlten Dank.  
815  
**Witwe Christiane Kluchert.**

I. Geschäft: Mohnstr. 37a (Kolonnaden)  
II. Geschäft: Gr. Frankfurter Straße 115 (nahe Andreasstraße)

## Westmann

Von **Dienstag** nachm. 4 Uhr an Verkauf der neuesten Herbst- und Winter-

# Mäntel und Kostüme

mit einem Sonder-Rabatt von **15 Prozent.**

Deutsche Ulster, weich, bestes Fabrikat, 59,-, 36,-, 11,-  
Echte Plüschmäntel, beste Ausf., 120,-, 96,-, 72,-, 41,-  
Beste Kostüme 100,-, 75,-, 55,-, 28,-  
Sommerkongektion zu jedem annehmbaren Preise.  
Sonder-Abteilung: Sehr großes

## Trauer-Magazin.

Sonntag 8-10 öffn. | Montag geschl. | Dienstag v. 4 Uhr an öffn.